

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Kirsch, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. — Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. — Druck von Franz Weyhe, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Patzdorferstraße 49, Fernsprecher 1567. — Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (incl. Frangobrief) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. — Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. — In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. — Bei den Postanstalten 2.25 Mk. — Einzelne Nummern 5 Pf. — Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die sechsgehaltene Zeitungszeitung 10 Pf. — Post-Zeitungsliste Seite 262.

Nr. 22.

Magdeburg, Mittwoch den 27. Januar 1904.

15. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten einschließlich des Romans „Martha's Kinder“.

## Stabilität im Nichtstun.

Ein italienisch-internationales Thema.

Aus Rom wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

In dem Werk des Genossen Dr. med. **Arnoldo Morlonghi**, Stadtverordneten von Turin: „Violazioni di Legge“ (Gesetzesübertretungen), welchem er mit Recht den Untertitel: Studi Sociali (Soziale Studien) gab, hat der Autor mit vielem Scharfsinn und ernstem Fleiß alles das zusammengetragen, worin der Staat Italien, und zwar auf den denkbar verschiedensten Gebieten staatlichen Lebens, die Gesetze, die er selber gegeben, mit Füßen tritt, mißachtet, verleiht.

Das Buch erschien im Jahre 1900. Vier Jahre sind vergangen, seitdem Morlonghi seine feinsinnigen Bemerkungen in ihm niedergeschrieben hat. Industrie und Handel des Landes haben sich in der Zwischenzeit bedeutend gehoben. Die Zahl der Hochsteuerer hat wieder zugenommen. Italien gilt jetzt unter Kennern allgemein als ein aufblühendes Land, und mit Recht. Die Sozialdemokratie ist über das Dreifache hinaus gewachsen. Statt 16 wie zu Beginn des Jahres 1900 zählt sie jetzt 33 Abgeordnete im Parlament, besitzt mithin — der formalen Zahlenshöhe der Stimmen nach — die viertgrößte parlamentarische Fraktion der internationalen Sozialdemokratie. 1. Deutschland (81), 2. Frankreich (47), 3. Belgien (34).

Aber trotz aller dieser zum Teil in das Leben der italienischen Nation tief einschneidenden Veränderungen der letzten Jahre sind die Mißstände Italiens sowie die von der Regierung selbst bewerkstelligten Gesetzesübertretungen nicht minder geworden.

Und doch ist gerade in Italien unzweifelhaft eine Reihe von Erscheinungen zutage getreten, welche als Faktoren zu einer Weiterentwicklung der staatlichen Institutionen mindestens in bürgerlich-fortschrittlichem Sinne einen starken Anstoß zu geben — man möchte meinen — geradezu „naturbelebend“ wären, wenigstens nach der Geschichtsauffassung unserer Gegner, welche den Gang der Geschichte nicht von der jeweiligen ökonomischen Struktur der einzelnen Länder, sondern von allerhand Zufälligkeiten, wie „großen Männern“ usw. abhängig machen.

Wahrhaftig! Kein besseres Beispiel für die Behauptung, daß das Wohlwollen einzelner, den bestehenden Klassen angehöriger Individuen, und mögen dieselben noch so „hoch stehen“, absolut unfähig ist, die soziale Frage auch nur um einen Deut ihrer Lösung näher zu bringen, als das heutige Italien!

Veranstaltet eine Buchhändlerfirma in Italien, wie kürzlich das Haus Menotti Bassani in Mailand, in dem in jeder Hinsicht lehrswürdigen Werke eines Enquete über den Sozialismus, so kann man sicher sein, daß neun Zehntel der befragten Gelehrten, Künstler und Poeten, selbst solche, die sich in allen Tagesfragen offen zu konservativen Ansichten bekennen, ihrer unbedingten Sympathien für die Arbeiterklasse sowie für die große Idee ihrer Befreiung in schwingenden, manchmal selbst in unzweifelhaft tiefgefühlten Worten Ausdruck verleihen.

Der nunmehrige Ministerpräsident, der Jurist **Giolitti**, ist persönlich ein Antiliberaler und ehrlich bestrebt, die soziale Gesetzgebung, so viel irgend an ihm liegt, zu fördern und auszubauen. Und endlich gehört der junge König **Viktor Emanuel 3.** selbst ohne Zweifel zu den — soweit das bei seiner Stellung überhaupt möglich ist — liberal denkenden Leuten seines Landes. Bekannt ist seine Vorliebe für antiklerikale bürgerliche Politiker. Von Haus aus einfach und jedem Prunk abhold gesinnt, ist „Leben und leben lassen“ im guten Sinne des Ausdrucks sein Wahlspruch. Nichts ist ihm verhasster als Repräsentationspflichten. Das Einfache, Herzliche, Unzeremonielle in seinem Charakter hat **Viktor Emanuel 3.** natürlich den ganzen Haß seiner römischen Aristokratie zugezogen, während es ihm umgekehrt, aller natürlichen und selbstverständlichen Bekämpfung seiner Person als Monarchen ungeachtet, eine gewisse Sympathie unter unsern italienischen Genossen erworben hat, eine Sympathie, die, an und für sich bis jetzt vollumfänglich gerechtfertigt, sich freilich, wie in dem in der Pariser Zeitschrift „La Revue“ erschienenen Artikel der Genossin **Gina Sombroso** (der Tochter des berühmten, auch unserer Partei angehörigen Gelehrten), bis zu einem lächerlichen und undemokratischen Optimismus in der Beurteilung

von der Wichtigkeit des Königs für die Demokratie versteigt. Jedenfalls steht das eine fest: Der junge König von Italien ist nichts weniger als ein Sozialistenfeind, und einem Mann, der selbstlos genug ist — wie er es getan — selber den Anstoß zu einer beträchtlichen Verringerung der Privillisten zu geben, und zwar ohne jede Wache, ohne jeden Prunk und ohne jeden Tamtam, dem muß jeder Vernünftige menschliche Sympathie entgegenbringen.

Und doch — trotz alledem und alledem — ist die Lage der arbeitenden Klassen in Italien keineswegs besser als in Deutschland. Im Gegenteil, da der Kapitalismus dort noch nicht so weit fortgeschritten ist, als im Lande der Krupp und Stumm, und weite Bezirke des sonnigen Landes dem modernen Industrialismus noch nicht erschlossen sind, so sind die Löhne in Italien im allgemeinen noch viel erbärmlicher als in Deutschland, und alle Volksfreundlichkeit des Königs und Sozialistenfreundschaft führender Männer ändert nichts an jener furchtbaren Tradition Italiens, welche alljährlich Tausende und Abertausende von Proletariern nach Österreich und der Schweiz, Frankreich und Deutschland sendet, ohne daß dieselben auch nur den winzigsten Sparpfennig, oftmals selbst ohne daß sie die geringste Kenntnis des Lesens und Schreibens über die Grenze mitnehmen können. Arme Proletarier, die von allem und jedem entblößt und vom internationalen Kapitalismus auf das schamloseste ausgebeutet, den einheimischen Arbeitern, ohne daß sie sich etwas Böses dabei denken, eine grausame Konkurrenz machen, als Lohndrücker, Arbeitswillige, Streikbrecher auftreten, kurz, aus Proletariern zu Lumpenproletariern werden.

Auch die soziale Gesetzgebung Italiens liegt noch stark im argen. Das letzte Ministerium mit dem nunmehr verstorbenen **Giuseppe Zanarelli** an der Spitze hat allerdings ein **Arbeitsgesetz** und ein **Streikgesetz** geschaffen.

Aber dieses Gesetz, noch unvollkommen und unvollkommen genug, ist eigentlich die einzige Säule der sozialen Gesetzgebung in Italien. Nicht einmal bürgerlich-moderne Gesetzesvorlagen haben Aussicht auf Erfolg. Alle modernen Staaten Europas haben die Ehecheidung in ihr Recht aufgenommen, wenn auch in keineswegs freierlicher Form. In Italien hat die Klerikerei es trotz Ministerpräsident und König, Freimaurertum und Sozialdemokratie, Liberalismus und Wissenschaft, die sich sämtlich für Einführung eines Ehecheidungsparagraphen in das bürgerliche Gesetzbuch erklärten, durchzusetzen gewußt, daß Italien, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, immer noch unter den Regierstaaten rangiert. Uebrigens ist die Nachsicht nach der Vaterschaft ebenfalls nicht gestattet. Dagegen braucht nach der Vaterschaft dieser speziellen Mißstände nicht besonders geforscht zu werden: sie liegt in der katholischen Rückständigkeit des päpstlichen Instituts.

Wir könnten hier noch unendlich viel andre Dinge erwähnen, um zu beweisen, daß in Italien, trotzdem ein entschieden demokratischer Geist durch Land und Leute geht, aller Fortschritt bei den herrschenden Klassen stagniert. „Stabilität im Nichtstun für die arbeitenden Klassen!“ Das ist — gewollt oder ungewollt — die Parole jedes kapitalistischen Staatswesens, nördlich wie südlich der Alpen. Und wenn die „Regierung“ sich ernstlich einmal rührt, dann — heißt es für die Arbeiter doppelt aufgepaßt! Die Regierung ist, ob sie es selbst empfindet oder nicht bleibt gleichgültig, stets ein von den herrschenden Klassen gewählter Ausschuss, dazu bestimmt, die Interessen eben dieser ihrer Wähler zu vertreten. Das allein kennzeichnet die Stellung, welche die internationalen Massen des arbeitenden Volkes ihr gegenüber zu nehmen haben.

Um die Regierung aber, falls man diese Bezeichnung beibehalten will, aus einer Ausschussbehörde wenigstens zu einem Ausdruck des gesamten Volkswillens zu machen, dazu gehört, um mit einem wahren Wort **Morlonghis** zu schließen: „daß die sogenannte Masse, sich aus einem dummen und ekelhaften Plebs zu einem bildungsfähigen und kulturbewußten Volke erhebt und die wichtigsten Probleme der modernen Zeit selbst zu lösen versucht.“

Mario.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 26. Januar 1904.

### Das beste aller Wahlssysteme.

Der Hofjagdwurmfürst preussische Minister des Innern, der Freiherr von **Hammerstein**, hat am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus ein **Quell** mit **Bismarck's Schatten** gekämpft. Seit langem ist es ein Schmerz für die Junker gewesen, daß der „große Vorkämpfer“ in einem Augenblick des Mergers über unwill-

kommene Wahlergebnisse das preussische Wahlrecht für das elendeste aller Wahlssysteme erklärt hat. Jetzt werden sich aber nachrückende Geschlechter darauf berufen können, daß das unüberlegte Urteil des Säkularmenschen inzwischen von der zuständigen Instanz revidiert und aufgehoben worden sei. Ich kenne kein Wahlrecht, das die öffentliche Meinung so widerspiegelt, wie das preussische Dreiklassenwahlrecht,“ sagte der Hofjäger mit stolzem Munde.

Man möchte diese Herausforderung des Säkulargespenstes für eine arge Vermessenheit halten, wenn in ihr nicht zugleich auch die tiefste christliche Demut und Bitternis läge. Herr von **Hammerstein** und seine Ministerkollegen wählen nach diesen besten aller Wahlssysteme in der dritten Wählerklasse, der Hofschlächtermeister **Sejter** aber in der ersten. Herr von **Hammerstein** ist offenbar davon überzeugt, daß die Würste, die der Hofschlächtermeister an den Hof liefert, besser sind, als die Ratsschlage, die die Minister dort erteilen.

Bildete diese Bückstimmung des vorlauten großen Vorkämpfers und der Lobgesang auf die politisch reize Hofwurste den Höhepunkt in Herrn von **Hammerstein's** Landtagsrede, so verdient immerhin auch noch eine zweite Äußerung, in die Schatzkammer der Weltgeschichte eingereiht zu werden. Herr von **Hammerstein** verteidigte nämlich auch die **Schwarze Sparlotterie**, von der niemand, scheinbar auch nicht der Minister, recht weiß, ob sie noch lebt, oder ob sie schon tot ist, und tat dabei diesen weltweisen Ausspruch:

„Bei der Unvollkommenheit des menschlichen Lebens ist die Lust, dem Glücke die Hand zu bieten, allgemein verbreitet und man kann der Meinung sein, daß es horteilhaft ist, diese Schwäche auszunutzen, um Stärke zu gewinnen.“

Wie man sieht, hat sich Herr von **Hammerstein** bereits ganz der Ausdrucksweise eines Soseagenten angepaßt. Er hat dabei aber ganz zu erwähnen vergessen, daß der Hauptreiz dieses Lotterysystems nicht nur in einer Verlotterung der öffentlichen Sitten, sondern auch in einer Vermehrung der öffentlichen Meinung bestehen soll, daß die Lust, dem Glücke die Hand zu bieten“ den Leuten nicht bloß das Geld aus der Tasche, sondern auch den Verstand aus dem Kopfe ziehen soll, daß die „Unvollkommenheiten des menschlichen Lebens“ zur — Bekämpfung der Sozialdemokratie ausgenutzt werden sollen.

Es ist Zeit, solche Geistesblitze festzuhalten für die Biographie eines Mannes, der in weiten Kreisen als der kommende Kanzler des Deutschen Reiches gilt. —

### Aus dem Dreiklassenhause.

Aus Berlin wird uns über die Montag-Sitzung des Abgeordnetenhauses geschrieben:

In Abgeordnetenhaus wurde die Etatberatung fortgesetzt. Der bekannte Scharfmacher, der freikonservative **Herr v. Zedlitz** leitete sie mit einer nahezu zweistündigen Rede ein. Er pries die Verdienste des verstorbenen ehemaligen Eisenbahndirektors **Wagbach**, verlangte von der Regierung Förderung der Landwirtschaft, sprach im Sinne der **Wagbach'schen** Sammelpolitik und erkannte schließlich an, daß **Gras Wilow** in der Kanalvorlage vor den Kanalgegnern den Rest vollzogen habe. In seiner höhnischen Art behandelte er dann den Niedergang des Liberalismus und das Wachstum der Sozialdemokratie. Mit lärmender Freude konstatierte er, daß das Dreiklassenwahlrecht den Einzug der Sozialdemokraten in den Landtag verhindert habe und ohne jede Prüberei versicherte er, daß die von ihm und seinen Freunden geplante „Wahlrechtsreform“ so eingerichtet sei, daß die Sozialdemokratie nach wie vor von der Vertretung im preussischen Junkerparlament ausgeschlossen bleibe. Das heute bestehende Vereins- und Versammlungsrecht ist ihm noch nicht reaktionär genug. Er möchte am liebsten noch besondere Bestimmungen gegen den Versammlungsbesuch von Minderjährigen. Mit Empörung verlangte **Herr v. Zedlitz** am Schluß seiner Rede die baldige Vorlage eines Gesetzes, welches die Schulanterhaltungs-pflicht regelt.

Nach dem freikonservativen Führer nahm der Minister des Innern **Herr v. Hammerstein** das Wort, um zu erklären, daß unter der heutigen Regierung niemals die Grundlage des jetzt bestehenden Landtagswahlrechts geändert werden würde. Auf der Rechten ertönte **Dravol** auf der Linken herrschte Unruhe, aber die Bemerkung konnte doch eigentlich niemand überhört werden. Die Männer, die heute am Steuer des Staatsschiffes sitzen, sind würdige Nachfolger der Minister aus der dunkelsten Reaktionszeit, die dem Märzturn des Jahres 1848 folgte.

Für die Freisinnige Vereinigung sprach dann der Abgeordnete **Wörmel**. Im wesentlichen fürchte er die Kritik, die schon Abgeordneter Richter geübt hatte, fort. Da auch er sich sehr gegen die Einrichtung des Totalitätsverfahrens gewandt hatte, nahm der Landwirtschaftsminister **v. Robbielski** Veranlassung, die für Förderung der Pferdezucht im Etat eingestellten höheren Summen zu rechtfertigen. Die Quintessenz der Robbielski'schen Ausführungen war die Ankündigung, daß die vielen privaten Wettbureaus unterdrückt, das Spielen am Totalisator aber erleichtert werden soll. Die Unbilligkeit des Wettspiels soll also ihres privaten Charakters entleidet und vom Staate selbst gefördert werden.

\*) 183 Seiten. Erschienen in Turin. Bei G. Sansone. Via Sinaage 13. Preis 2,50 Lire.



Auf eine Rede des polnischen Abgeordneten v. Jagdzinski, der sich in sehr gemäßigter Form über die Unterdrückung der Polen beklagte, antwortete in schärfster Weise der Minister des Innern. Es besteht demnach kein Zweifel, daß die unglückselige Polenpolitik noch in verstärktem Maße weitergeführt werden soll. Die Schlussworte des Ministers: „Wir Preußen haben zu befehlen und ihr Polen habt zu gehorchen“, werden für weitere Erbitterung in der polnischen Bevölkerung sorgen. Der letzte Redner war der konservative Abg. Jzmer, der sich vornehmlich mit den Nationalliberalen auseinandersetzte und selbstverständlich lebhaft für ein christliches Volksgesetz eintrat.

Am Dienstag wird die Debatte fortgesetzt.

### Eine loyale Geschichte.

Von einem „Reiseabenteurer des Kronprinzen“ wissen die Berliner Hofblätter zu berichten: In ein Abteil erster Klasse, in dem der Kronprinz saß, stürzte knapp vor Abgang des Zuges ein junger Mann. Der junge Mann wußte nämlich nicht, wo er in dem Abteil saß und war nur hinein-gesprungen in dem natürlichen Drange, noch mitbesördert zu werden. Er war aber erschreckt (!), als er sich dem Kronprinzen gegenüber sah und wollte schnell wieder herauspringen (!), woran er jedoch vom Kronprinzen gehindert wurde. Indessen spielten von Berlin nach Potsdam die Drähte, und dem Eindringling schien Fürchtliches zu drohen. Indessen mußte er an der Ankunftssituation Potsdam infolge der Intervention des Kronprinzen keine andre Buße leisten als die übliche Geldstrafe für das Vergehen einer höheren Wagenklasse und das Bestiegen eines schon im Abfahren begriffenen Zuges.

Der Berichterstatter der hiesigen Presse bereitet einen geheimnisvollen Schiller darüber, was wohl dem Unglücklichen ohne die Intervention des Kronprinzen geschehen wäre. Unseres Wissens wird das Betreten eines Abteils, in dem sich der Kronprinz befindet, nach den gegenwärtig geltenden Gesetzen nicht mit dem Tode bestraft — wenigstens doch dann nicht, wenn der Verbrecher gar nicht wußte, welche Störung des Hofzeremoniells er durch seine Fürwitzigkeit verschuldet hatte.

### Zur Wahlrechtsreform in Sachsen.

Aus Dresden wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Von den bürgerlichen Parteien Sachsens haben am Sonntag die Nationalliberalen und die Antifemiten offiziell Beschluß gefaßt über ihre Stellung zu den Vorschlägen der Regierung für die „Reform“ des Wahlrechts. Die Nationalliberalen haben sich in der Hauptversammlung ihres Landesvereins für ein Pluralwahl-system erklärt und die „Grundlinien“ der Regierungsent-würft ziemlich entschlossen verworfen. Die Ständewahlen passen ihnen nicht und außerdem bemängeln sie das Fehlen einer Reform der Ersten Kammer. Die Resolution zugunsten des Pluralwahlsystems wurde mit 31 gegen 26 Stimmen angenommen.

Beitrag zum Wahlrechtsverhältnis schon sehr deutlich wie

richtete behaupten sogar, die betreffenden Empfänger der „leuren Ware“ wären gar nicht erbaut darüber gewesen, diese Streikwäre jetzt noch abnehmen zu müssen. Allein der Agent hätte vier Wochen Lohn für die Leute verlangt, und die Fabrikanten, gerieben wie sie nun einmal sind, hätten gemeint, unisono ist nicht einmal der Tod, folglich müssen sie auch arbeiten.

Der Hauptabnehmer hat nun zirka 80 solcher Leute, hat aber trotzdem bis jetzt die größte Hälfte seiner früheren Arbeiter wieder eingestellt, darunter auch den Obmann. Diefem hat der Fabrikant sogar gesagt: „Wenn Sie nicht gleich anfangen, bekommen Sie überhaupt keine Arbeit wieder.“ Ein Beweis, daß er mit den fremden Arbeits-willigen nicht zufrieden ist.

Andererseits fühlen es auch die „Mausreißer“, daß ihre Locke bald geschlagen hat, denn sonst wäre es nicht zu verstehen, wenn einer dieser seinen Sorten in einem Briefe schreibt: „Gestern abend kapitulierten die streikenden Arbeiter und machten öffentlich bekannt, daß sie die Arbeit bedingungslos aufnehmen wollten. Infolgedessen werden wir „Arbeitswilligen“ wohl bald nach unser Heimat entlassen.“

Montag vormittag brannte die hiesige Sigognespinnerei Gebr. Hofmann ab. Dreißig Arbeiter waren früher darin beschäftigt. Die Entstehungsurache ist zurzeit noch nicht bekannt. Eine bayrische Arbeitswillige soll sehr geweint haben, daß ihre Fabrik abgebrannt und sie nun ohne Arbeit ist. Hoffentlich sorgt die bekannte Güte der Fabrikanten dafür, daß diese treue, anhängliche Arbeitswillige recht bald wieder in Arbeit kommt.

Bis Montag abend sind 2750 Personen wieder in Arbeit getreten, jedoch noch circa 3500 Personen zu unterstützen sind.

Doch schon droht ein neuer Streik. Die hiesigen Aerzte wollen mit dem 1. Februar ihre Tätigkeit einstellen, wenn ihnen nicht ihre volle Forderung bewilligt wird. Außerdem drohen sie, daß sie, wenn die Krankenkassen fremde „Arbeitswillige“ heranziehen, ihre Tätigkeit sofort einstellen. Bemerkenswert muß hier werden, daß bis zum November die Aerzte pro Mitglied und Jahr 2 Mark erhielten und im fraglichen Monat einen Vergleich eingingen mit 2,60 Mark. Der Ehrenrat der Aerzte hat aber diesen Vergleich nicht ratifiziert, und so sind dieselben auf ihre alte Forderung von 4 Mark zurückgekommen. Also 100 Prozent Vohuerhöhung.

Wir sind nur neugierig, ob der hiesige Stadtrat auch diese „Streiker“ so behandelt, wie die Arbeiter und ob die hiesige Geistlichkeit es als „großen Segen“ und als „große Verwaltungswirtschaft“ bezeichnen wird, wenn auch hier Gendarmen zur „Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ herangezogen werden.

Oder heißt es auch hier: „Ja, Bauer, das ist ganz was andres!“

### Sachsen schwimmt in Blut.

Wird drei Wochen lang in der Presse über die Verhältnisse der „Welt am Montag“ der Privat Ober-

leutnant Krohn zur Wiederherstellung seiner beleidigten Gattentochter angefochten. Die Verurteilung weist zwei Schwereverlechte, drei (mit Herrn Krohn selbst) nur Leichtverlechte auf, während sich drei Ehrenmännern das Gottesgericht mächtig erwieh. Dazu kommt neuerdings ein Querschnitt in Chemnitz, das zwischen zwei Offizieren angefochten wurde. Auf der Verurteilung: ein Loter. Der Rittmeister Hupfeld, der sich mit dem beleidigten Gatten Freiherrn v. Dampfeda jagt, wird dagegen, wenn er nicht begnadigt wird, für sechs Wochen außer Gericht gesetzt, weil er für die Zeit auf Festung soll. Er wird auf Königstein den Frühling genießen.

Wenn die sehr ersten wirtschaftlichen Eireitigkeiten von Grimmitzhan zu ihrer Austragung so viel Blut erfordert hätten wie diese militärischen Liebesabenteuer — wie viel Jahre Jungschaus hätte das wohl gekostet?

### Ein Anschlag auf die Rechte der Volksvertretung.

Das München wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben: In der bayrischen Abgeordneten-kammer hat sich am Montag ein Vorgang abgepielt, der gerügt ist, das größte Aufsehen zu erregen. Es handelt sich dabei um ein neues Attentat auf die Rechte der Volks-vertretung.

In der Generaldebatte zum Justizetat hatte unser Genosse Segitz die Konstitution der „Zentrumsnummer“ des „Simplicissimus“ erneut zur Sprache gebracht. Er gab der Regierung Ausdruck, daß die Beschlagnahme auch materiell nicht begründet ist, und um keine Anweisung zu belegen, verlas er mit Genehmigung des liberalen Sigognepresidenten v. Ulmer den vom Staatsanwalt hauptsächlich beanstandeten Artikel von Thoma Meber die „öffentliche Erziehung“. Nach langer Zeit verlangte der ultramontane Führer Dr. v. Daller das Wort zur Geschäftsordnung. Der Sigognepresident widerstand entgegen den Bemühungen der Geschäftsordnung des Genossen Segitz und gab Dr. v. Daller das Wort, der sich über die Verletzung des Artikels beiführte. Es entstand nunmehr eine einseitige Geschäftsordnungs-Debatte, in der sich die Ultramontanen gegen die weitere Verlesung verwehreten, weil es auch einem Abgeordneten nicht erlaubt ist, Stellen aus einer konstitutionellen Druckschrift zu verlesen und diese damit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Gegen diese reaktionäre Anweisung von den Rechten eines Abgeordneten opponierten die Sozialdemokraten und Liberalen mit Entschiedenheit. Abg. Segitz rief jedoch die Entscheidung des Hauses an, das jedoch, wie sich bei der nachmaligen Abstimmung herausstellte, beschlagnehmend war. Die die Entscheidung bei einer zweiten Abstimmung anstehen wird, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen, da das Zentrum ja über die Hälfte der sämtlichen Stimmen verfügt.

Das Vorgehen der Ultramontanen bedeutet in erster Linie einen Bruch der Geschäftsordnung, welche keine Bestimmung enthält, die das Verlesen derartiger Druckwerke verbietet. Dabei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß im ordentlichen Verfahren noch gar nicht über Verächtlichung der Beschlagnahme entschieden worden ist. Um so weniger ist es also gerechtfertigt, daß man einem Abgeordneten verbieten will, sich dieses Beweismittels für die Nichtigkeit seiner juristischen Auffassung zu bedienen. Endlich fällt noch ins Gewicht, daß ein solches Vorgehen, wie es in diesem Falle die Ultramontanen belieben, gegen alle parlamentarischen Regeln verstößt. Sogar im österreichischen Reichsrat wurde es vor einiger Zeit einem antikirchlichen Abgeordneten nicht verwehrt, die in Oesterreich verbotene Grefmann-Broschüre über die Moral des heiligen Alfons von Siguori zu verlesen.

Das Zentrum im bayrischen Landtage hat sich in seiner ohnmächtigen Wut über den „Simplicissimus“ zu einem unerhörten Eingriff in die Rechte der Volksvertretung verleiten lassen und es wird die Konsequenzen eines solchen Vorgehens wohl selbst noch bitter büßen müssen.

## Deutschland.

\* Berlin, 26. Januar. Auf Friedrich den Großen hat sich für militärische Neuerungen der „Breslauer Gerichtsztg.“ zufolge der Kaiser bei seiner letzten Anwesenheit in Breslau berufen. Er soll zu den nach der Parade zur Kritik versammelten Offizieren gesagt haben: „Noch eine Vnebode, meine Herren. Als König Friedrich der Große die Regierung angetreten und eine Reihe von Neuerungen im Militärwesen eingeführt hatte, erhielt er einen Brief vom alten Dessauer, worin dieser darauf aufmerksam machte, daß sich innerhalb des Offizierkorps wegen einiger dieser Neuerungen Bedenken geltend machten. Mit kräftigen Worten teilte alsdann der Kaiser die kurze französisch-deutsche Antwort des alten Frey mit, die dem Sinne nach dahin lautete: „Eine neue Zeit stelle neue Anforderungen, und Pflicht der Offiziere sei es, sich seinem Willen zu fügen.“

Der kommandierende General des 1. Armeekorps, Freiherr v. d. Goltz, hat, wie nach dem „Lokal-Anzeiger“ verlautet, sein Abschiedsgesuch eingereicht. — Vor kurzem hat Freiherr v. d. Goltz einen lebhaft besprochenen Auslass über die Sitten im Offizierkorps veröffentlicht.

Die nötigen Pferde für Südwestafrika sollen, wie in der „Abn. Ztg.“ bestätigt wird, in Argentinien angekauft werden. Das Blatt führt als Grund an, daß die Kosten der Anschaffung und des Transports sich niedriger stellen als bei einem Ankauf der Pferde in Deutschland. Auch die Brauchbarkeit der Tiere sei größer.

Polizeiliche Hausdurchsuchungen in polnischen Buchhandlungen haben in Posen stattgefunden. Die Behörden

haben nach dem polnischen Werke „Zum 40. Jahrestage des Januar-Aufstandes (1863—1903)“. Auch in andern Städten ist nach diesem Buche polizeilich gesucht worden.

\* Köln, 25. Januar. Der Regierungspräsident hat die dem hiesigen Krankenkassen-Verbande angehörenden Kassen angefordert, noch mindestens 30 Aerzte anzustellen. Die Kassen sind nun bereit und waren es stets, eine ausreichende Anzahl Aerzte anzustellen und garantieren ihnen 6000 Mark jährlich. Die Aerzte weigern sich aber, solche Verträge einzugehen; mehrere Aerzte haben derartige Verträge, die sie vorher eingegangen waren, wieder gebrochen. Infolge der Drohung der Aufsichtsbehörde mit behördlicher Kasseeverwaltung, haben die Krankenkassen nochmals verhandelt. Die Forderungen der Aerzte, die bei freier Arztwahl eine Kopypauschalsumme fordern, die noch über die Leipziger Forderung hinausgeht und nach dem „Vorwärts“ die Kassen unfehlbar ruinieren muß, können die Kassen aber auf keinen Fall bewilligen. Die Kassenversammlung hat eine Deputation nach Berlin geschickt, die bei den Staats- und Reichsbehörden vorstellig werden soll.

\* Lübeck, 25. Januar. Die hiesige Strafkammer verurteilte den agrarischen Landtagsabgeordneten Grimm in Krummsee (old. Fürstentum Lübeck) wegen Verleumdung der oldenburgischen Regierung zu einer Geldstrafe von 50 Mark. Grimm hatte in einem Schreiben der Regierung Parteilichkeit und Ungerechtigkeit vorgeworfen.

\* Dresden, 25. Januar. Die Zweite Kammer nahm heute in der Schlussberatung das Gesetz über das Verbot des Spielens in auswärtigen Lotterien an. Das Gesetz ist ab 1. April gältig.

### Deutsch-Südwestafrika.

Der Kommandant des vor dem Generali Smapopmund liegenden Kriegsschiffs Gahicht telegraphiert folgendes: „Nach noch immer unüberdungen, hinter Karibib wieder durch Regen zerstört. Folgendes Telegramm vom 17. aus Windhut: Schutztruppe (versammelt) melbet durch Kavallerieboien zu Fuy am 17. nach Ljimbungwe-Armas folgendes: Windhut dauernd bedroht, jetzt besetzt. Durch Landsturm und Einstellung sämtlicher Pflichten und Buren Garnison auf 230 Mann gebracht, zum Teil beritten. Zweite Kompanie ist auf dem Marsch nach hier vom Süden. Gebirgschütz von Rehoboth zurückgefordert. Hier außerdem 2 Maschinengewehre. Von Okahandja hier in Windhut keinerlei Nachricht seit 12. Mit großer Ver-lust sind Entfasser versuche gescheitert. Kavouillen dort-hin sämtlich zurückgeschlagen. Am 15. erfolgreiches Erkundigungs-gesuch bei Fann Hoffnung. Bestätigter Verlust: Gefallen: Retirevoffizier Boyen, Unteroffizier Pasch, Retrat Weß, Land-technikum Pilet. (Worte versammelt, Studoff, Reservist Trösch, Germanisch, Lokomotivführer Lecker, Taufendfreund mit zwei Frauen, (Wort versammelt), Stüber, viele verwundet. Todeen ist gemeldet: fünf Haupten Pereros sind auf dem Marsch nach Windhut.“

### Aus Grimmitzhan.

Die Magdeburger „Volkstimme“ erhält von der Stadt-Verordneten-Versammlung folgenden Bericht:

Die Versammlung traten wieder 72 Mitglieder (darunter 40 Personen) als Arbeitswillige hier ein. Am Montag 20 Erwachsene und 10 Kinder. Extern werden zwei Kolonnen „verlassen“ und ihrem Bestimmungsorte zugeführt. Eine hübsche Szene! 16 Grubenarbeiter kamen ein Dörferhaus, waren auf dem Wege zum Arbeit, um die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, die, bedenklich gelagert, sich im geringsten gefährdet zu sehen. Die hiesigen Arbeiter sind empfindlich gegen, um zu sehen, daß diese „Kolonnen“, gelähmte Landarbeiter, nicht lange die Lust der Grimmitzhaner Saug-bergrubensarbeiter, genannt Jachies, einem werden. Rast-



## Dritter Allgemeiner Krankenkassen-Kongress.

(Bericht für die „Volksstimme“.)

bg. Leipzig, den 25. Januar 1904.

Simanowski-Berlin eröffnet den Kongress um 1/10 Uhr im großen Saale des „Sankt-Johanni“. Es sind etwa 1000 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands anwesend. Auf den Galerien hat sich ein zahlreiches Publikum eingefunden.

Baummeister Rost-Leipzig begrüßt die Delegierten im Namen der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Der Vorstand derselben wird aus den heutigen Verhandlungen sicherlich seine Lehren für seine Stellung bezüglich der wichtigen Fragen für die Krankenkassen ziehen. Hoffentlich werden diese Verhandlungen den Kassen und den Versicherten zum Wohle gereichen.

Simanowski-Berlin: Auf die heutigen Verhandlungen blickt, wie die Ausstellungen der Presse zeigen, die gesamte Welt. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern bedauert, einen Vertreter nicht entsenden zu können, bittet aber um Zuhörung des Protokolls. Minister für öffentliche Arbeiten Budde schreibt, daß eine Vertretung der Reichs- und Provinzialkrankenkassen seines Ressorts bei deren besonderer Lage überflüssig erwidere. Ein Donkschreiben für die Einladung haben der Präsident des Reichstags sowie der Reichsversicherungsamt und des kaiserlichen Statistischen Amtes gesendet.

Erschienen sind als Vertreter der königlichen Kreisbauernschaft Leipzig Oberregierungsrat Koch, als Vertreter der Amtshauptmannschaft Amtshauptmann Heim, vom Rat der Stadt Leipzig Stadtrat Lampe, ferner Reichstagsabg. Wolfenbühler als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rechtsanwalt Leo Verkauf als Vertreter der Wiener Allgemeinen Ortskrankenkasse sowie zwei Vertreter der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse Budapest.

Reichstagsabg. Frähdorf begrüßt die Delegierten und Gäste seitens des Vororts des deutschen Ortskrankenkassen-Bundes. Die Krankenkassenbewegung ist zu einer internationalen Bewegung geworden. Die Ärzte suchen die Gesetzgebung für ihre Interessen in Bewegung zu setzen, und da ihnen das nicht gelingt, greifen sie zur Arbeitseinstellung, zum Streik. Sie fordern freie Arztwahl und Bezahlung der Einzelleistung. Das ist jedoch erst der Anfang; wir haben aber alle Veranlassung, uns schon dieser Duerertüre entgegenzustellen. Doch soll unsere Kritik hier streng sachlich sein, wir müssen uns bemühen, gegen die Ärzte gerecht zu sein. Wir wollen ihnen nicht den Krieg erklären; unsere Parole ist vielmehr Schutz der Krankenkassen. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Simanowski werden drei Vorgesandene mit gleichen Rechten gewählt, und zwar: Frähdorf, Dresden, Simanowski-Berlin, Rost-Leipzig. Ferner werden fünf Schriftführer gewählt, und eine Redaktionskommission von sechs Mitgliedern. Weiter wird die Geschäftsordnung des vorigen Kongresses zu Berlin angenommen.

Zum einzigen Punkt der Tagesordnung:

### Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzteschaft

erhält das Wort:

Referent Albert Cohn-Berlin: Die Ärzte haben unsern Kongress ein schlechtes Prognostikon gestellt. Wir werden jedoch nicht in dem von den Ärzten angelegenen Tone antworten, sondern ruhig und objektiv verhandeln. Seit Jahren haben wir zum Wohle der Versicherten zusammengearbeitet und werden das auch in Zukunft tun. Es gilt nicht, Front zu machen gegen irgend ein Ärztesystem, sondern die Interessen der Krankenkassen zu vertreten. Die Krankenkassen sind die Träger der Sozialversicherung, und die Ärzte sind die Träger der Heilung. Wir müssen uns bemühen, die Interessen beider Parteien gerecht zu vertreten. Wir wollen ihnen nicht den Krieg erklären; unsere Parole ist vielmehr Schutz der Krankenkassen. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Simanowski werden drei Vorgesandene mit gleichen Rechten gewählt, und zwar: Frähdorf, Dresden, Simanowski-Berlin, Rost-Leipzig. Ferner werden fünf Schriftführer gewählt, und eine Redaktionskommission von sechs Mitgliedern. Weiter wird die Geschäftsordnung des vorigen Kongresses zu Berlin angenommen.

Zum einzigen Punkt der Tagesordnung:

### Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzteschaft

erhält das Wort:

Referent Albert Cohn-Berlin: Die Ärzte haben unsern Kongress ein schlechtes Prognostikon gestellt. Wir werden jedoch nicht in dem von den Ärzten angelegenen Tone antworten, sondern ruhig und objektiv verhandeln. Seit Jahren haben wir zum Wohle der Versicherten zusammengearbeitet und werden das auch in Zukunft tun. Es gilt nicht, Front zu machen gegen irgend ein Ärztesystem, sondern die Interessen der Krankenkassen zu vertreten. Die Krankenkassen sind die Träger der Sozialversicherung, und die Ärzte sind die Träger der Heilung. Wir müssen uns bemühen, die Interessen beider Parteien gerecht zu vertreten. Wir wollen ihnen nicht den Krieg erklären; unsere Parole ist vielmehr Schutz der Krankenkassen. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Simanowski werden drei Vorgesandene mit gleichen Rechten gewählt, und zwar: Frähdorf, Dresden, Simanowski-Berlin, Rost-Leipzig. Ferner werden fünf Schriftführer gewählt, und eine Redaktionskommission von sechs Mitgliedern. Weiter wird die Geschäftsordnung des vorigen Kongresses zu Berlin angenommen.

Zum einzigen Punkt der Tagesordnung:

### Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzteschaft

erhält das Wort:

Referent Albert Cohn-Berlin: Die Ärzte haben unsern Kongress ein schlechtes Prognostikon gestellt. Wir werden jedoch nicht in dem von den Ärzten angelegenen Tone antworten, sondern ruhig und objektiv verhandeln. Seit Jahren haben wir zum Wohle der Versicherten zusammengearbeitet und werden das auch in Zukunft tun. Es gilt nicht, Front zu machen gegen irgend ein Ärztesystem, sondern die Interessen der Krankenkassen zu vertreten. Die Krankenkassen sind die Träger der Sozialversicherung, und die Ärzte sind die Träger der Heilung. Wir müssen uns bemühen, die Interessen beider Parteien gerecht zu vertreten. Wir wollen ihnen nicht den Krieg erklären; unsere Parole ist vielmehr Schutz der Krankenkassen. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Simanowski werden drei Vorgesandene mit gleichen Rechten gewählt, und zwar: Frähdorf, Dresden, Simanowski-Berlin, Rost-Leipzig. Ferner werden fünf Schriftführer gewählt, und eine Redaktionskommission von sechs Mitgliedern. Weiter wird die Geschäftsordnung des vorigen Kongresses zu Berlin angenommen.

Zum einzigen Punkt der Tagesordnung:

### Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzteschaft

erhält das Wort:

Referent Albert Cohn-Berlin: Die Ärzte haben unsern Kongress ein schlechtes Prognostikon gestellt. Wir werden jedoch nicht in dem von den Ärzten angelegenen Tone antworten, sondern ruhig und objektiv verhandeln. Seit Jahren haben wir zum Wohle der Versicherten zusammengearbeitet und werden das auch in Zukunft tun. Es gilt nicht, Front zu machen gegen irgend ein Ärztesystem, sondern die Interessen der Krankenkassen zu vertreten. Die Krankenkassen sind die Träger der Sozialversicherung, und die Ärzte sind die Träger der Heilung. Wir müssen uns bemühen, die Interessen beider Parteien gerecht zu vertreten. Wir wollen ihnen nicht den Krieg erklären; unsere Parole ist vielmehr Schutz der Krankenkassen. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Simanowski werden drei Vorgesandene mit gleichen Rechten gewählt, und zwar: Frähdorf, Dresden, Simanowski-Berlin, Rost-Leipzig. Ferner werden fünf Schriftführer gewählt, und eine Redaktionskommission von sechs Mitgliedern. Weiter wird die Geschäftsordnung des vorigen Kongresses zu Berlin angenommen.

Zum einzigen Punkt der Tagesordnung:

### Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzteschaft

erhält das Wort:

Referent Albert Cohn-Berlin: Die Ärzte haben unsern Kongress ein schlechtes Prognostikon gestellt. Wir werden jedoch nicht in dem von den Ärzten angelegenen Tone antworten, sondern ruhig und objektiv verhandeln. Seit Jahren haben wir zum Wohle der Versicherten zusammengearbeitet und werden das auch in Zukunft tun. Es gilt nicht, Front zu machen gegen irgend ein Ärztesystem, sondern die Interessen der Krankenkassen zu vertreten. Die Krankenkassen sind die Träger der Sozialversicherung, und die Ärzte sind die Träger der Heilung. Wir müssen uns bemühen, die Interessen beider Parteien gerecht zu vertreten. Wir wollen ihnen nicht den Krieg erklären; unsere Parole ist vielmehr Schutz der Krankenkassen. (Beifall.)

Wir bestreiten auch, daß die Ärzte-Organisation eine gewerkschaftliche ist. Sie stehen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, wie die freien, oder dem der Interessens-Harmonie, wie die Hirsch-Dunerschen, oder dem der Religion, wie die christlichen Gewerkschaften. Sie erheben ihre Forderungen nach höherer Bezahlung auch lediglich bei den Kassen, nicht auch bei den Schulen, obwohl die Bezahlung der Schulärzte in Berlin z. B. auf die Hälfte reduziert ist. Mit Arbeitseinstellung drohen sie lediglich bei den Krankenkassen, bei denen Arbeiter im Vorstande sitzen. Werfen wir einen Rückblick auf die Entstehung der Arztforderungen, so sehen wir, daß sie auf den Verletzten, zuerst 1884 in Eisenach, erhoben wurden. Die Ärzte behaupten, wenn wir ihnen entgegengetreten, lassen wir die Morbiditätsverhältnisse außer acht, verschweigen wichtige Dinge, aber diese Vorwürfe richten sich auch gegen alle Behörden, die zu Schluß kommen, die sich gegen die Ärzte richten. Hier heißt es, wer nicht für mich ist, ist gegen mich, und ist nicht objektiv. Allen gegenteiligen Behauptungen gegenüber steht fest, daß viele Kassen mit freier Arztwahl ungünstiger arbeiten als andere.

Durch die Bezahlung der Einzelleistung verlieren wir jeden Hebel über die Kassenverhältnisse und geben uns ganz in die Hand der Ärzte. Der Wille zu besserer Bezahlung der Ärzte ist überall vorhanden, und zuweilen wird ihm über die Kraft der Kassen hinaus Folge gegeben. Es ist daher auch nicht schön, wenn von den verschiedenen Kassen gesprochen wird. Gewiß stehe ich auf dem gewerkschaftlichen Standpunkt, daß höhere Leistungen auch nur durch höhere Beiträge zu erreichen sind. Aber auch diese haben eine Grenze, wenn die Kassen überhaupt weiter bestehen sollen.

Die Bezahlung der Einzelleistung wird von den Ärzten und auch von einem Mann, wie Timm, von dem man bessere Einsicht erwarten sollte, damit begründet, daß Staatszuschüsse zu den Kassenkosten geleistet werden müssen. Damit würde die Selbstverwaltung der Kassen bereinigt sein, ganz abgesehen davon, daß die dazu notwendigen 100 Millionen von den Steuergeplägten aufgebracht werden müssen.

Der These 3 der Ärzte nach Verhandlung in gemeinsamen Kommissionen stimmen wir zu.

Die Forderung, daß Personen mit einem Einkommen über 2000 Mark nicht versicherungspflichtig sein sollen, ist als sozialpolitisch rückständig entschieden zu verwerfen. (Sehr wahr!) Es muß festgestellt werden, daß die Ärzte niemals Kassenvertreter zu ihren Verhandlungen zugelassen, sondern die Kassenvertreter ohne sie zu hören, einfach an den Pranger gestellt haben, während wir die Ärzte stets einluden. Nicht wir, sondern die Ärzte sind an dem Kampf schuld; (Sehr richtig!) gegenwärtig haben unter den Ärzten die Heißspornen Oberwasser, die nicht den Frieden wollen. Die Ärzte werden endlich einsinken müssen, daß die Krankenkassen keine quantitäts négligeable sind, über die man einfach hinweggehen kann. Die Zahlung der Minimalrate legt den Krankenkassen Opfer auf, die sie nicht bringen können, wir können den Kassen immer nur wieder zurufen: „Bereinigt Euch, dann seid Ihr eine Macht, dann könnt Ihr die Euch drohenden Gefahren abwenden und den Kampf siegreich beenden!“

Auf die ethische Seite der Frage der freien Arztwahl gehe ich nicht ein; ich habe ausgeführt, daß es sich lediglich um materielle Fragen handelt. Aber ich erinnere doch daran, daß die Ärzte uns beim Ausbau sozialpolitischer Einrichtungen stets entgegengetreten sind, ich erwähne nur die Versicherung der Familienangehörigen. Dagegen verweigere ich uns gegen den Vorwurf, daß wir Gegner des Ärztestandes seien, wohl aber zeigen die Ärzte sich als unsere Gegner. Mögen sie nicht vergessen, daß ihr Wohl mit der Wohlfahrt der Volksmassen zusammenhängt, mögen sie sich als ein Teil des gemeinsamen großen Ganzen fühlen. (Beifall.)

Auf Grund meiner Ausführungen schlage ich Ihnen folgende

### Resolution

„Als Wahrer der Interessen von Millionen Versicherten weisen die auf dem dritten deutschen Krankenkassenkongress anwesenden Vertreter deutscher Orts-, Betriebs-, Knappschafts-, freien Hilfs- und Innungs-Krankenkassen die Anschauung zurück, daß die durch das Krankenversicherungs-gesetz geschaffenen sozialen Institutionen den ärztlichen Notstand verschulden, da sie im schreienden Widerspruch steht mit den Tatsachen der nationalen und internationalen Statistik.“

Die hier versammelten Krankenkassenvertreter erheben ferner Einspruch gegen die Verleumdung bestimmter Arztgruppen, die Abwehrbestrebungen der Krankenkassen gegen unberechtigte ärztliche Forderungen als ausgeprochen sozialdemokratische Maß-

nahmen in Mißkredit zu bringen, denn in der Tat sind die Kassen aller Organisationsformen, gleichgültig ob sie unter der Leitung von Staatsbeamten, Unternehmern, Innungsmeistern oder organisierten Arbeitern stehen, einig in der Zurückweisung derartiger Forderungen.

Die Krankenkassenvertreter erblicken in dem übereifrigen Bestreben bestimmter Interessententeile, den sozialen Gegensatz zwischen den Unternehmern und Arbeitern mit dem gewöhnlichen Ärzten und Krankenkassen gleichzustellen, eine möhüberlegte Irreführung der Versicherten zugunsten unberechtigter ärztlicher Standesforderungen; denn die Krankenkassen sind keine auf Profit aufgebaute Unternehmen und die Ärzte keine Lohnarbeiter, vielmehr sind die Kassen Wohlfahrtsinstitutionen und die Ärzte eine Art Sanitätsbeamte, die ein weitgehendes, tatfähiges Verfügungsrecht über Rassenmittel besitzen.

Die Krankenkassenvertreter sehen sich ferner gedrängt, gegen die Gallophobie der in der Ärzteschleife auftauchenden Vorstellung, die Krankenkassen seien reine Geldmagneten, aufzutreten, da ja der größte Teil der deutschen Krankenkassen noch nicht einmal den gesetzlich erforderlichen Versicherungssatz zusammengebracht hat.

Die Krankenkassenvertreter erklären ausdrücklich, daß sie den Bestrebungen der Ärzte nach Einführung freier Arztwahl nicht grundsätzlich gegenüberstehen, erachten dieselben aber als Angelegenheit der einzelnen Kassen bezüg. Verbände. Der Versuch einer Reihe von Kassen, die freie Arztwahl durchzuführen, ist an der enormen Steigerung nicht nur der ärztlichen Honorare, sondern mehr noch des Krankengeldes und der Medikamentenkosten gescheitert. Sie verhindert infolgedessen den Ausbau der sozialen Fürsorge (Familienunterstützung, Heilanstalten, Sanatoriumspflege usw.) gemäß § 1 des Krankenversicherungsgesetzes.

Die Krankenkassenvertreter halten es für ihre Pflicht, die Krankenkassen auf die charakteristische Tatsache aufmerksam zu machen, daß die Ärzte auf ihren Kongressen vielfach die Frage der freien Arztwahl mit der Frage der Bezahlung nach Einzelleistung verknüpfen.

Sie weisen die Bezahlung nach Einzelleistung auch bei ermäßigten Sätzen als eine den Ruin der Kassen herbeiführende Forderung zurück, welche den ganzen sozialen Zweck der Versicherung zu vernichten geeignet ist; sie macht die Selbstverwaltung zu einem großen Teile illusorisch.

Die Vertreter der Krankenkassen halten den Weg einer direkten Zuwendung von Staatsmitteln an die Ärzte im Interesse der steuerzahlenden Versicherten und der Selbstverwaltung der Kassen nicht für gangbar.

Die Krankenkassenvertreter bezeichnen die ärztliche Forderung, die Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mark außerhalb der sozialen Versicherung zu stellen, für sozial rückständig und für die Fortentwicklung der Kassen lähmend.

Die Krankenkassenvertreter erachten eine Forderung der Gewährung ärztlicher Hilfeleistung gezwungen und somit den Ärzten in die Hände gezeichnet. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt aufzuerlegen muß, auch gesetzlich für die Möglichkeit ihrer Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Ärzte gegen die Bezahlung staatlicher Sätze zur ärztlichen Hilfeleistung anzuregen und die Krankenkassen mit dem verpflichtet.

Da einzelne Kassen sich vielfach als ohnmächtig gegenüber unberechtigter an sie herangetragener Forderungen erweisen, empfiehlt der Kongress für alle Orts- bezüg. Bezirke die Zentralisation aller Kassenarten bezüg. den Zusammenschluß zu Verbänden schleunigst zu bewirken.

Die Krankenkassenvertreter erklären zum Schluß, daß sie sich von jeder prinzipiellen Arztfeindschaft frei wissen und nur bestrebt sind, die sozialen Aufgaben der Krankenkassen mit den Berufsinteressen der Ärzte in Einklang zu bringen.“

Draun-Königsberg weist auf den Ärzte-Konflikt in Königsberg hin, der gezeigt habe, wieviel sich die Kassen zu gewärtigen haben, wenn sie den Ärzten machtlos gegenüberstehen. Die Ärzte hätten den Kassen einen Vertrag auf drei Jahre auf-

## Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

### Ingenieur Forstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

(40. Fortsetzung.)

Und auf einmal war der Gedanke da: Wie, wenn Du übergegangen würdest? Wenn Dein Name nicht genannt würde? ... In der nächsten Sekunde war das keine Vermutung mehr, sondern Gewißheit. Ja, Dein Name wird nicht genannt! Dein Verdienst wird übergegangen! Dich schweigt man tot!!!

Nachgrau geworden, mit verzerrtem Gesicht, lauschte er. Und da vernahm er deutlich die Worte:

„Des Kaisers und Königs Majestät, welchem wir soeben für die huldvolle Förderung dieses Werkes unsern ehrfurchtsvollsten Dank darbrachten, haben auch des heutigen Tages mit besonderer Gnade gedacht und aus Anlaß der Weihe der Luriger Brücke mehrere Auszeichnungen verliehen. Es gereicht mir zu besonderer Ehre und Freude, der Versammlung zu verkünden, daß Seine Majestät der Kaiser dem ...“

Der Minister holte neuen Atem und weidete sich an den vor Neugier und Erwartung wie gesellerten Gesichtern. Für ihn waren das die wenigen süßen, gottähnlichen Momente in einer Existenz voller Blaskereien. Dann fuhr er mit sanftem Lächeln fort:

„Dem obersten Leiter des Baues, Herrn Geheimen Baurat Veltge, den königlichen Kronenorden zweiter Klasse und dem Direktor des Eisenwerkes ...“

Aber er stockte, diesmal widerwillig, und folgte den Blicken seiner Umgebung, der ganzen Tafel, die sich alle mit Schreden nach einer aufgerichteten Gestalt hinwandten, die da unten ganz einsam am unteren Ende der Tafel sich erhoben hatte, wie ein Riese alle überragend, mit gelbgrauem Gesicht, aber in ihrer trotzigen Haltung einem empörten Titanen gleich.

Der Minister stockte, wurde verlegen, hüstelte, fuhr sich über die Augen, als wenn er nicht gut sehe. Dann hüstelte

er lauter, und seine Miene drückte große Verwunderung, ja Entrüstung aus. Aber als die Gestalt stehen blieb, fuhr er fort zu sprechen, leise, hastig, die verschiedenen Orden aufzählend, von der zweiten Klasse zur dritten, zur vierten heruntersteigend, bis zu den Verdienstmedaillen, die an Arbeiter verliehen waren.

Aber als er nun das Glas ergreifen wollte, da erhob der empörte Titan unter am Tisch seine Faust und ließ sie mit einem Donnerchlag niederfallen, daß die Damen aufkreischen und die Gläser zu Boden prasselten wie reife Pfämen. Und mit einer Stimme, die Trommelwirbel überböte hätte, schrie Forstmann, drohend die Hand ausstreckend zum Vertreter des Staates, der gesellschaftlichen Ordnung, zu allen denen, die da oben saßen in seiner heiligen Nähe:

„Knechten, ihr ... versuchte! ... Betrüger!! ... Saufhunde!! ...“

Dann stolperte er hinaus und die Tür fiel wie ein Donnerchlag hinter ihm ins Schloß.

8.

Zum ersten Male seit mehr als einem Vierteljahr strahlte wieder heller Lichtschimmer aus den Fenstern des Forstmannschen Hauses. Eine Gesellschaft von etwa zwanzig Leuten, größtenteils aus Annas nächsten Bekannten und einigen jungen Künstlern zusammengesetzt, hatte sich in der Dämmerstunde zu einer Art Five o'clock tea bei ihr versammelt. Ein junger Komponist, Oberstadt, der Anna von Solleder als äußerst talentvoll empfohlen war, sollte einige seiner Kompositionen vorspielen. Deshalb — so hieß es wenigstens — war man zusammengekommen.

Aber seit beinahe einer Stunde stand der Musiker mit seiner Notenmappe im Zwielicht des Fensters und starrte mit begehrlischen Blicken den schwarz polierten Flügel an. Die Frau des Hauses hatte ihn zuerst aus die lebenswürdigste Weise begrüßt, aber erschrocken über sein barockes Kenigere, das dem eines härtebeizigen Polizeiwachtmeysters gleich, mit gestäubtem Schnurrbart unter einer rotglühenden Nase, zurückgestoßen von seinem vor Verlegenheit groben Meinen, das an die Kneipe mahnte, hatte sie sich hastig um-

gedreht und ihn stehen lassen. Nun spielte er den Statisten. Bald das rechte, bald das linke Bein vorschleudend, und nachdem er sich bis zum Ueberdruß seine Sonate hatte durch den Kopf gehen lassen, begann er mit hypochondrischem Grimme die Gesellschaft zu beobachten. Sie waren ihm fast alle bekannt, wenigstens dem Ansehen und dem Klatsch nach, den er über sie gehört hatte.

Oberstadt selbst war ein Düsseldorfser Kind, der Sohn eines pensionierten Majors. Nachdem er mehrere Jahre in Berlin gelehrt und das Ziel, sich einen Namen zu machen, beinahe erreicht hatte, war ihm das Geld ausgegangen. Er mußte nach Düsseldorf, in den ehemaligen Grundbesitz des Noteneinpaufens und Falsche-Töne-Anhörens zurückkehren, spielte jetzt das entgleiste Genie, litt an Größenwahn, bekneipte sich täglich und war im übrigen eine Klatschhase.

Anna ging von Gruppe zu Gruppe. Als wenn in der langen Sommerhitze eine ganze Ernte von Fröhlichkeit, Geist und Anmut in ihr gereift wäre, zeigte sie sich von bezaubernder Liebeshwürdigkeit. Sie hatte sich soeben an Frau Oswalds Seite gesetzt und ihrer Freude über das Wiedersehen Ausdruck gegeben. Frau Oswald, die aus dem Engadin kam, sah bedeutend frischer und jugendlicher aus als vor einem Jahr. Wochte die Bergluft ihr Blut erneuert haben, oder die schadenfrohe Erinnerung an den Skandal, den Forstmann sich und seiner Familie bereitet hatte, sie nur für diesen Augenblick verschönern, ihr ganzes Gesicht war faltenlos und schwellend, ihre Haltung gerader als je, und ihre Augen sprühten vor stolzem Selbstgefühl. Anna merkte, daß ihre rivalin neue Kraft gesammelt hatte und daß zwischen ihnen beiden ein harter Kampf entbrennen würde. Während sie mit scharfem Auge die wieder ganz schwarz gewordenen Haare ihrer Freundin prüfte, ohne jedoch die Spuren des Färbens entdecken zu können, führte sie das lebenswürdigste Gespräch, wurde bald ein bißchen sentimental, bald wieder heiter, ganz als wenn es ihr darum zu tun wäre, ihr Herz einmal auszusüßeln.

(Fortsetzung folgt.)



gedrängt, den sie selbst aber schon nach einem Jahre zu kündigen ein Recht hätten. Der Resolution könne er nur dann zustimmen, wenn sie zu der Forderung der Ärzte auf Einführung der bedingt freien Arztwahl keine Stellung nehme. Dies sei der Kardinalpunkt des ganzen Konflikts. (Sehr wahr!), alle andern Erfordernisse seien nur Folgeerscheinungen davon. Gehen wir über diesen Punkt hinweg, dann bleibe der bisherige Zustand und die Klassen seien den Ärzten schuldig ausgeliefert. Es sei aber notwendig, daß die Klassen eine geschlossene Abgrenzung bilden, um die ungerechtfertigten Forderungen der Ärzte zurückzuweisen. (Beif.)

**Wagdeburger:** Wir sind im Prinzip keine Gegner der freien Arztwahl, aber die übergroße Begehrtheit der Ärzte ist schuld daran, daß wir der Frage der Einführung der freien Arztwahl nicht näher treten. Früher war die Arbeiterschaft für diese Forderung, aber jetzt hat sie kennen gelernt, welche Belastung das für die Klassen bedeutet. In Dresden hat die freie Arztwahl den Patienten nur Schaden gebracht. Unerhört ist es, daß die Ärzte die Orte veröffentlichen, in denen Konflikte ausgebrochen sind und vor Zugang warnen. Versahren Arbeiter so, dann schreibt der Staatsanwalt ein. (Sehr richtig!) Wir verkennen nicht, was für ein schwerer Beruf der ärztliche ist, wir achten die Ärzte, aber sie sollen nicht sich selbst die Taschen vollstücken wollen auf Kosten der Arbeiter. Gehen die Klassen geschlossen vor, so werden sie siegen. (Beif.)

**Gräff:** Frankfurt a. M.: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Orte, die die freie Arztwahl einführen wollen, das ganz richtig tun sollen. Solange aber die Klassen nicht in der Lage sind, ihre Minimalleistungen zu erhöhen, können sie auch nicht an die Einführung der freien Arztwahl denken. In Frankfurt a. M. ist in den neuzugewählten die freie Arztwahl eingeführt, aber inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert, und ich gerate heute dem System der freien Arztwahl keine lange Lebensdauer mehr. (Hört, hört!) Die Ärzte nehmen keine Rücksicht auf die Lage der Klasse; als die schwere Kräfte sich geltend machte und die Klasse 2000 Mark Defizit hatte, da traten die Ärzte mit höheren Honorarforderungen hervor, obwohl sie selbst das Defizit mit verschuldet hatten. Entschieden muß ich mich dagegen wenden, daß die Regierung den Ärzten noch die Stange hält. Graf Hilow sprach im Reichstag von Terrorismus der Krankenkassenverwaltung; der hohe Herr ist falsch informiert, er war wohl niemals Vorsitzender einer Klasse, auch nicht Rentner! (Seitertell); ihm gebührt für seine Rede die Note 5 Abjatz 3. (Stürm. Seitertell und lebhafter Beif.)

**Wagdeburger:** Ich empfehle nach dem Muster der Thüringischen Klassen überall die Bildung von Kommissionen, die gemeinsam mit den Ärzte-Kommissionen unterhandeln. Dadurch seien zufriedenstellende Zustände herbeizuführen.

**Engel:** Dresden gibt die Erklärung ab, daß die Dresdner Innungsärzten keine entzweiende Gegner der freien Arztwahl sind, denn die freie Arztwahl bedeutet die Vernichtung der Epidemien der Krankenkassen. Die Einführung der Ärzte müsse unbedingt Sache der Klasse sein und bleiben.

**Gräff:** Dresden: Obwohl ich Gegner der freien Arztwahl bin, muß ich mich doch entschieden gegen die Forderung von Braun wenden. Man muß doch die Verschiedenheit der Verhältnisse berücksichtigen. In großen Orten ist die Einführung der freien Arztwahl nicht möglich, wohl aber in kleineren Orten mit vier oder fünf Ärzten. Charakteristisch ist es, daß die Arbeiter jetzt sich nicht mehr für die freie Arztwahl ins Zeug legen; die Ärzte haben also nicht einmal die Versicherten auf ihrer Seite. Wir müssen die freie Arztwahl schon deshalb ablehnen, weil dann die Klassen ihre Mindestleistungen nicht erhöhen können. In Ober-Sachsen haben sich die Ärzte gegen die freie Arztwahl erklärt, weil davon nur die Rollen Vorteil hätten und das Verhältniß geschädigt würde. (Hört, hört!) Also, wenn die materiellen Interessen nur den Vorden zugute kommen, dann wird das Prinzip über den Dingen gemessen. Ich muß es von mir weisen, Staatsmacht und Behörden gegen die Ärzte anzusetzen; die Behörden sollen

sagen, wenn man der Hälfte aller organisierten Metallarbeiter verbieten wollte, in bestimmten Landesteilen Arbeit zu suchen. (Schallendes Gelächter.) Es scheint, daß sich gewisse Arbeitnehmer als Klassenvertreter gewisse Arbeitgeberkreise angeeignet haben, die sie würdig dem Zentralverband deutscher Industrieller anreihen. (Lärm und Schlußrufe.) Wegen ungerechte Forderungen, vor allem gegen die der Einzelbezahlung bin ich durchaus, aber das Prinzip der freien Arztwahl ist ein durchaus gerechtfertigtes. (Widerpruch.)

**Wagdeburger:** Die Ärzte hätten diejenigen Klassen, mit denen die Klassen Verträge abschließen wollten, davon abgehalten, so daß der Klassenverband zuletzt genötigt gewesen sei, die Ärzte unter sicherem Geleit vom Bahnhof abzuholen. (Seitertell.) Fortwährend hätten die Ärzte Beschwerden bei der Aufsichtsbehörde eingereicht und die Klassenvertreter sich zu machen geübt. Die Klassen verlangten nichts weiter, als daß die Behörden sich objektiv verhalten.

**Schöler:** Berlin erklärt sich gegen die freie Arztwahl im Interesse der Arbeitgeber, denen durch die sozialpolitische Gesetzgebung jetzt schon hohe Lasten auferlegt seien.

**Wagdeburger:** Wessen Aktion erklärt sich gleichfalls gegen die freie Arztwahl. Hierauf wird die Debatte geschlossen.

**Gräff:** Im Schlußwort wendet sich Gräff scharf gegen Lichtenböcker, dessen heutige Rede ihn ja wohl bei den Ärzten in ein gutes Licht rücken werde, der aber im übrigen bewiesen habe, daß er die Verhältnisse nicht kennt. Ein Vergleich der Klassenvertreter mit den Arbeitnehmern sei ganz unangebracht; denn die Klassen verfolgten keine kapitalistischen Interessen, sondern ideale Ziele. (Beif.)

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Diefelbe ergibt die einstimmige Annahme der Resolution mit der von Hoch beantragten Änderung, mit der sich auch der Referent einverstanden erklärt. Abjatz 6 der Resolution wird im Einverständnis mit der Redaktions-Kommission dahin abgeändert, daß direkte Forderung von Staatsmitteln an die Ärzte auch im Interesse der Arbeitgeber zu verwerfen sei.

Zur Annahme gelangt ferner ein Antrag Prinz, der ein neutrales Verhalten der Behörden bei den Streikleitern der Ärzte und Krankenkassen verlangt.

**Gräff:** Die einstimmig angenommene Resolution bildet die Richtschnur auch für das Handeln der Klassen. Daher müssen sich die Klassen überall, auch wenn Differenzen noch nicht bestehen, zu Verbänden zusammenschließen. Daneben müssen wir auch auf eine Zentralisation der Klassen überhaupt dringen; an vielen Orten können sich recht viele Klassen sofort verschmelzen und dadurch leistungsfähiger werden. Nur noch einiges über die Finanzfrage. Die Zentrale und die Geschäftsleitung des Vororts richten an Sie das Ersuchen, zu den Kosten dieses Kongresses beizutragen und die betreffenden Gelder an die Zentrale nach Berlin einzuliefern. Kostengelder dürfen dazu nicht genommen werden, aber ein Weg zur Aufbringung dieser geringen Beträge läßt sich leicht finden.

Die nächste Jahresversammlung der Ortskrankenkassen wird wahrscheinlich im September in München stattfinden; ich fordere Sie auf, auch diesen Kongress zahlreich zu besuchen. Zum Schluß sage ich Ihnen Dank für die Stellungnahme, die Sie befunden haben. Glückliche Genesung, frohes Wiedersehen!

**Simmowski:** Die Leute nachmittag mitgeteilte Zahl der Anwesenden und Vertreter ist viel zu gering; die Zahl der Delegierten beträgt etwa 1200. Ich danke Ihnen, daß Sie unsern Ruf zahlreich gefolgt sind.

**Redner:** schließt den Kongress mit dem Wunsch auf glückliche Fahrt am 5 1/2 Uhr.

**Magdeburger Angelegenheiten.**

Magdeburg, den 26. Januar 1904.

— Arbeiterbibliotheken und Parteigenossen, die überflüssige Bücher, Zeitschriften u. zur Verfügung haben, werden gebeten, diese den ober-schlesischen Genossen zur Hebung der Bildung derselben zuzuschicken. In Ober-schlesien herrscht infolge des herrlichen Regiments noch tiefste Finsternis, weshalb Aufklärung der Arbeiter geradezu eine Kulturtat ist. Da aber die Regierung diese nicht ausführt — sondern im Gegenteil die Verdummungsbestrebungen der Schwarzen fördert — bitten die Sozialisten Ober-schlesiens dringend um die Hilfe der Arbeiter. Sendungen erbeten an: Julius Bruhns, Schriftsteller, Rattowitz, D.-S. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

— Der Fluch der Akkordarbeit wird deutlich illustriert an einer verdienstvollen Arbeit des Ingenieurs Dr. H. Beck, von dessen Buch über die Verhältnisse in den Metallarbeiter-Arbeitsstätten wir bereits früher berichteten. Zur Klärung der verdrückten Stimmung des Akkordlohnsystems an der Arbeiterseite ist die Akkordlöhne aus einer Magdeburger Maschinenfabrik aus den Jahren 1897 und 1901 mit, die in den vier Jahren folgende Veränderungen erfuhr. Es betragen die Akkordlöhne der Dreher für

Gegenstand	Preis 1897	Preis 1901
Einzelstücke	2.45	2.20
Stanzarbeiten	10.00	3.25
Polierarbeiten	5.50	6.50
Einzelstücke I	5.50	4.50
II	5.50	5.50
III	6.00	5.50
IV	7.00	6.50
Stück mit Aufhängemittel für gewöhnliche		
Einzelstücke	5.25	5.00
Stanzarbeiten	1.40	1.30
Einzelstücke I	1.50	1.00
II	1.50	1.50
III	2.50	1.75
IV	2.50	2.25
Stanzarbeiten I	3.25	3.75
II	2.50	2.25
III	2.00	1.75
IV	2.00	1.50
Einzelstücke V	7.00	5.50
III	10.00	8.00
Stanzarbeiten III	2.00	1.75
II	2.25	2.00
Einzelstücke VI	2.45	0.40
VI	0.20	0.60

**Akkordlöhne der Schmiede für**

Stück zum Ansetzen	3.00	2.50
Einzelstücke	3.75	3.25
Stück für gewöhnliche Feinarbeit	1.25	1.00
Einzelstücke mit Fein	0.20	0.20
Stück zu den Feinarbeiten	6.50	6.30

**Akkordlöhne der Schlosser für**

Einzelstücke	0.20	0.25
Einzelstücke mit Fein	4.75	3.75
Einzelstücke mit Fein	4.00	3.25
Einzelstücke mit Fein	64.00	50.00

gen! Und diese Reduktion der Akkordlöhne geschah in der blühenden Wirtschaftsperiode von 1895 bis 1900, in der doch im Gegenteil ganz selbstverständlich eine Erhöhung der Löhne hätte eintreten sollen. Dr. Beck macht seinerseits folgende erklärende Bemerkungen dazu: „Gerade in günstigen Geschäftsjahren, wo der Arbeiter viel Arbeit zu bewältigen hat, arbeitet er intensiver und rationaler. Er findet Vorteile in der Arbeitsmethode, erwirbt größere manuelle Geschicklichkeit ufm. und wird in die Lage versetzt, mehr Arbeit in der gleichen Zeit wie früher zu bewältigen, kurz, mehr zu verdienen. Dieses „mehr verdienen“ heißt in der Sprache des Arbeitgebers naturgemäß aber so viel wie „billiger produzieren können“, das heißt, der höhere Verdienst beweist dem Arbeitgeber, daß auch bei niedrigeren Akkordpreisen noch „genug“ verdient werden kann, und die Akkordpreise werden herabgesetzt. Dieser Vorgang wiederholt sich, sobald der Arbeiter durch kleine Verbesserung seiner Werkzeuge, Zunahme der manuellen Geschicklichkeit, zweckmäßigerer Zerlegung der Arbeitsaufträge zum Beispiel — in die Lage kommt, mehr zu produzieren und einen den Beilohn wesentlich übersteigenden Verdienst zu erreichen.“ Diese Verdienststeigerung, meint der Verfasser etwas optimistisch, findet ihre Grenze darin, daß die Arbeiter allmählich zu der Erkenntnis kommen, daß ihre mehr rationelle und intensiver Arbeit ihnen nur momentan nützt, auf die Dauer aber schadet und dann dem sich wiederholenden Herabsetzen der Akkordlöhne dadurch begegnen, daß sie nur noch eine mittlere Menge von Produkten pro Zeiteinheit anfertigen. Sie verzichten damit auf momentan höhere Löhne zwecks Festhaltung an mittlerer Arbeitsintensität und verwenden die allmählich zunehmende Arbeitsgewandtheit im eigenen Interesse, das heißt zur Herabsetzung der Arbeitsintensität, der Anstrengung und Mühe.

Diese Selbstzucht und Selbstbeschränkung werden aber jedenfalls nur ausnahmsweise und nur von organisierten Arbeitern geübt. Die Regel ist die größte Anstrengung bei den wiederholten Akkordlohnreduktionen, um einen gewissen Gesamterdienst zu erzielen, und schließlich wenden die Unternehmer die Schraube ohne Ende auch dann an, wenn die Arbeiter ihre Kräfte schonen und sich mit einem geringeren Lohne begnügen wollen, um sie zur erschöpfenden Arbeitsweise und zur höchsten Arbeitsleistung zu zwingen.

Es ist richtig, so meint die „Metallarbeiter-Ztg.“ pessimistisch dazu, daß in der Praxis die Abschaffung des Akkordlohnsystems schwer zu erreichen ist, aber darum bleibt dennoch die Erkenntnis von der großen Schädlichkeit der Akkordarbeit für die Arbeiter unerhöhet aufrecht fortbestehen. Und ebenso bleibt die Tatsache, daß weder die technischen Angestellten in den Fabriken, noch das Bureau-personal nach Stück bezahlt werden, sondern festen Gehalt erhalten. Was für die kaufmännischen und technischen Angestellten möglich, ist ebenso auch für die Arbeiter möglich.

— Es tagt: Am Montag abend, direkt nach Schluß der Arbeitszeit, hatten sich ca. 450 Arbeiter der „Werkfirma“ Schaffer u. Wubenberg im „Thalweg“ in Buxtehude versammelt und zunächst einen Vortrag des hiesigen Geschäftsführers des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Kollegen Brandes über das Thema „Wohin führen die auch im neuen Jahre erfolgten Abzüge und die sonstige sozialpolitische Rückständigkeit bei der Firma Schaffer u. Wubenberg?“ entgegenzunehmen. Des weitern sollte aber auch das Gebaren einzelner Führer des Gewerkschafts (G.-V.) gebührend beleuchtet werden. Die Versammlung kann als ein voller Beweis für die fortschreitende Erkenntnis der Arbeiter der genannten Fabrik angesehen werden.

Ausgerüstet mit einem überreichen Material, konnte Brandes mit Leichtigkeit den Versammelten vor Augen führen, daß die neuesten Maßnahmen der Firma und deren Leiter nicht nur für diese selbst, sondern ganz besonders auch für die dort frondenden Arbeiter als durchaus schädlich bezeichnet werden müssen. Redner gab zunächst einen Rückblick über die Ursachen, die schon einmal im Dezember die Arbeiter derselben Firma zu Hunderten in denselben Saal getrieben hatten, um gegen die ohne Grund und Ursache vorgenommenen Abzüge zu protestieren. Anstatt aber einzulenkten und die damals kritisierten Mißstände zu beseitigen, insbesondere mit den ziel- und planlosen Abzügen aufzuhören, ist nichts derartiges geschehen. Im Gegenteil! Kaum hat das neue Geschäftsjahr begonnen sind schon wieder eine Reihe von Abzügen gemacht worden, die die Arbeiter dort auf das tiefste erbittert haben und die schließlich dazu führen müssen, daß die Opfer dieser Abzüge sich massenhaft dem Metallarbeiter-Verband anschließen werden. Dabei versucht man die vorgenommenen Abzüge mit den unglücklichsten Motivierungen zu rechtfertigen. Der Herr Werksführer erklärt: Die Arbeit würde nur noch der Arbeiter wegen angenommen, das Geschäft verdiene daran nichts. Viel Glückworte wird der Herr für diese Ansicht nicht finden! Unpraktische Maschinen werden aufgestellt, an denen kein Reinertrag zu machen, die selbst dann noch beibehalten werden, wenn die sogenannten Spezialbänke schon lange nicht mehr in Gebrauch sind.

Von den an sich schon elenden Pensionskassen im Manometerbau hat man jetzt noch Buchstabe eines Pensions in Abzug gebracht. Befragt sich dann in seiner Verzweiflung ein Arbeiter über den geringen Verdienst, dann heißt es: „Haben Sie denn eine bestimmte Lohnhöhe vorzuziehen?“ In dem Bericht nach den Lohn. Beim Reinertrag sind durchweg 20% abgezogen. Reiner Reinertrag machte gar Abzüge von 33 1/2%, und erklärte dabei, es seien lediglich „Kostensarbeiten“.

Bei den andern Vorgesetzten steht es ähnlich aus. Einer sucht den andern darin zu überbieten, unbekümmert darum, was aus den Arbeitern und ihren Familien wird. Viel Schuld haben hieran die Arbeiter auch selbst, die, statt der Wahrheit die Ehre zu geben, mit ihrem angeblichen Verdienst eine emulative Nennunterschied betreiben.

Um die Arbeiter in etwas über ihre prekäre Lage hin-



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 22.

Magdeburg, Mittwoch den 27. Januar 1904.

15. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

(18. Sitzung.)

Berlin, 25. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Graf Posadowsky, Frhr. v. Stengel.

### Die zweite Lesung des Etats

Beginnt mit dem Etat des Reichstags. Dazu liegt vor eine Resolution von Dr. Sattler (natlib.) auf Gewährung von Anwesenheitsgeldern für die Abgeordneten.

Abg. Dr. Paasche (natlib.): Unsere Resolution entspricht wiederholten Forderungen des Reichstags. Leider hat der Bundesrat diese immer noch nicht erfüllt. Der Bundesrat aber ist ebenso sehr auf uns angewiesen, wie wir auf ihn. (Beifall.)

Abg. Gröber (Ztr.): Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, nicht nur die Bundesratsmitglieder, sondern auch wir. (Seitertel und Zustimmung.) Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, Diäten zu bewilligen. Ist er denn so einflusslos im Bundesrat? Alle süddeutschen Staaten sind für Diäten, aber Preußen ist das Hindernis. Das ist keine Reichspolitik, sondern eine preußisch-parlamentaristische Politik. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Pfannkuch (Soz.): Auch wir treten für die Resolution ein, obgleich wir auch ohne Diäten wachsen und gedeihen. Unser Weizen wird weiter blühen, wie bisher, mit oder ohne Diäten. Am liebsten hätten wir jedes Jahr einen neuen Wahlkampf. (Häufigkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Redner regt die Verbesserung der Löhne der diktiert angeestellten Hausbeamten und Zahlung der Hälfte des Tagelohnes während der reichstagslosen Zeit an. Die Presse klagt noch immer über die mangelhafte Verleugung ihrer Arbeitsplätze und über ungenügende Einrichtungen in den zu engen Telephonzellen.

Präsident Graf v. Helldorf: Solche Anregungen sind mir immer willkommen; die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt, können aber dem einzelnen Abgeordneten nicht so lebhaft vor Augen stehen wie mir, der ich täglich damit zu tun habe.

Abg. Camp (Rp.) spricht sich gegen die Gewährung von Wartegeld an die Diener während der reichstagslosen Zeit aus. Mit der Gewährung von Diäten bin ich und ein Teil meiner Freunde nicht einverstanden, eine solche Verfassungsänderung müsste weitere Verfassungsänderungen provozieren. Je mehr Kandidaten vorhanden sind, desto weniger kommt der Wille des Volkes zum Ausdruck. So haben wir Konventionen für Herrn Schrader stimmen müssen. (Große Heiterkeit rechts.) Herr Dr. Paasche sprach davon, daß man keine Karriere dem Mandat opfern; häufig ist das Gegenteil der Fall. Nicht die Diätenlosigkeit, sondern die unfruchtbaren Debatten bewirken die Verschwendung des Geldes. Angenehm kann es doch keinem vor Augen sein, sich selbst Diäten zu bewilligen. (Ohl und Unruhe.)

Abg. Dr. Wolff (libd. Bauern.) tritt für Anwesenheitsgelder ein. Regt würde den Süddeutschen die Mitarbeit erschwert.

Abg. v. Norman (Konj.) verzichtet darauf, die Gründe darzulegen, die gegen die Gewährung von Diäten sprechen. Die Mehrheit seiner Partei sei gegen den Antrag, dagegen für Gewährung von Fahrtarten.

Abg. Schrader (Freis. Bg.): Der Diätenresolution stimmen wir selbstverständlich zu. Die sozialdemokratische Fraktion zählt ihren Mitgliedern Parteidiäten. Würden Reichsdiäten eingeführt, so würden die Abgeordneten von ihrer Fraktionsleitung werden; das könnte uns nur erwünscht sein. Warum sagt sich Graf Bülow nicht endlich den Wünschen des Reichstags? Im Abgeordnetenhaus hat er doch jüngst seinen Konstitutionalismus gerühmt: Ist der Reichstag nicht ebenso konstitutionell wie der Herr Ministerpräsident? (Heiterkeit.) Redner befreit, seine Wahl der konservativen Partei zu schulden und lehnt jede Dankbarkeit ab.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Freis. Bp.): Es ist geradezu widerwärtig, daß wir uns noch immer mit dem Diätenantrag beschäftigen. Der sonst so liebenswürdige Graf Posadowsky schweigt heute ganz; er weiß schon warum. Herr Camp widerspricht den Diäten. Mag er sich doch vorher erst mit seinem Parteifreunde Kardorff auseinandersetzen, der in dem bekannten Brief erklärt hat, er habe sich nur deshalb an industriellen Gründungen beteiligen müssen, um ohne Vermögensverlust seine parlamentarische Tätigkeit wahrnehmen zu können. Wir sind dem Bundesrat gleichgestellt und es entspricht nicht unserer Würde, bei ihm den Supplimenten zu spielen. Der Reichskanzler hat im Abgeordnetenhaus erklärt, er wolle mit der Mehrheit zusammenarbeiten; warum denn immer im mittelalterlichen Abgeordnetenhaus und nicht im Reichstag? Aber Graf Bülow ist kein Konsequenzmacker. (Sehr gut!)

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Belästigung in den Schreibzimmern der Abgeordneten, die Zahl der Schreibstische wie der Sprechzimmern sind von einzelnen Kollegen okkupiert, ja daß man nirgends ungehindert arbeiten kann. — Der Restaurationsbetrieb müsste wenigstens auf die Zeit der Fraktions- und Kommissionsitzungen ausgedehnt werden, wenn man schon nicht mit der Pfennigsucherei, der unwürdigen Trinkgeldewirtschaft des Restaurationsbetriebes aufkommen und den Abgeordneten, wie in anderen Ländern, ein freies Büfett zur Verfügung stellen will. Graf Posadowsky hat die Abgeordneten kürzlich aufgefordert, Beamtenwohnhäuser zu beschließen. Warum werden nicht die alten Freistaten für die Abgeordneten wieder eingeführt? Unsere Agitationsreisen werden Sie durch Ihre Verweigerung auch nicht verhindern.

Auf der Tribüne dieses Hauses hat das „Bollschke Telegraphen-Bureau“ einen 30-Pfennig-Waizer errichtet, indem es Berichte und Entwürfe über die Reichstagsverhandlungen von 50 Pf. an, über Kommissionsberatungen schon für 25 Pf. bis zu 1 Mark liefert. Es wäre ja an sich Sache der Presse, sich gegen solche Schmutzkonkurrenz zu wehren, wenn nicht das „L. B.“, das zur Regierung außerordentlich enge Beziehungen unterhält, die Herren von der Regierungspartei und am allerbesten Graf Bülow selbst immer mit der Gloriole des Siegers umgibt. Das steht dann in allen Kreisblättern. Das steht auf dem Niveau der Verbreitung Bülow'scher Reden durch die Mittelische Postbuchhandlung und ähnlicher Donquichotterien. Es ist nötig, daß das öffentlich gekennzeichnet wird. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Nur die verbündeten Regierungen, nicht Preußen, sind für die Beschlässe des Bundesrats verantwortlich; der als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung auch in der Diätenfrage das Recht hat, Beschlässe des Reichstags abzulehnen. Noch hat sich im Bundesrat eine sichere Mehrheit für die Einführung von Diäten nicht gefunden. Freistaten für Informationsreisen werden wir gern bewilligen.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Die Diätenlosigkeit schadet mir den bürgerlichen Parteien. Die durch sie veranlaßten Doppelmehrheiten werden sehr unangenehm auf die Beschäftigung des Reichstags. Nur durch Preußens Stimmen wird die notwendige Verfassungsänderung in Preußen verhindert, so schädigt Preußen geradezu das Reich. (Sehr richtig!) Im Reichstag selbst wünschen wir eine größere Zahl von Arbeitssitzungen und eine bessere Besoldung der Unterbeamten, wenn es ihnen auch nicht allzu schadet geht.

Abg. Götze (Freis. Bg.): Ja der Diätenfrage handelt es sich um einen Kampf Preußens gegen das ganze übrige Reich und den Reichstag. (Sehr richtig! links.) Dabei regt es an jeder Konsequenz. Ich besitze noch die Aufforderung der Regierung, mit Diäten auszuweichen zu lassen für meine Tätigkeit in der Bollschkekommission. Wir

haben das Geld nicht genommen, denn bei einer Gelegenheit, wo dem ganzen Volke Kosten auferlegt werden, dürfen nicht Vorteile herauspringen für den einzelnen. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Trendel (Rp.) tritt für die Bewilligung der Diäten ein. Dafür müßte der Reichstag aber seine Geschäftsordnung dahin ändern, daß der einzelne Abgeordnete nicht mehr das Recht hat, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bezweifeln, die geltende Bestimmung hat zum Exorzismus der Minorität geführt. (Lachen links.) Unwürdig aber ist es, die Diäten mit einer Abänderung des Wahlrechts verkaufen zu wollen. Dagegen müßte im Sinne meines Antrags für eine größere Sicherung des Wahlrechts vor Betrügereien, mehrfachen Wählens gesorgt werden, bevor von Diäten die Rede sein kann. (Sehr richtig! rechts.) Die Diäten würden der Sozialdemokratie bedeutend Abbruch tun. Es würden mehr Arbeiter und weniger Akademiker gewählt werden, und das wäre nur unser Vorteil. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Paasche (natlib.): Wir haben heute vom Regierungskämmerer eine Erklärung gehört, aus der das Wort heranstieg: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Aber mit kleinen Maßregeln ist hier nichts getan. Nur Diäten können bewirken, daß die Geschäfte des Hauses nicht stocken. (Bravo! b. d. Natlib.)

Abg. Dr. David (Soz.): Die von den Diätengegnern vorgebrachten Gründe laufen darauf hinaus, daß die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten ein Privilegium des Besitzes sei. Wer sich die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten aus Mangel an Mitteln nicht leisten kann, dem rufen Sie, den Weg des Herrn v. Kardorff zu gehen. Aber diese Verbindung von parlamentarischer Tätigkeit mit Ausschüttung von Geld erzeugt die schwersten Bedenken, gegenüber denen die gegen die Diäten vorgebrachten Bedenken federleicht wiegen. Dr. Trendel ist für Diäten, läßt aber im Hintergrund Kompensationen aufmarschieren. Für irgendwelche Kompensationen, sei es Verschlechterung des Wahlrechts, sei es Verschlechterung der Geschäftsordnung, ist die Sozialdemokratie nicht zu haben, dafür wird sie keine Diäten eintauschen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Für Sicherungsmassregeln gegen Verletzungen des Wahlheimtums werden wir stets eintreten. Wenn es den Herren so lieb ist, daß weniger Akademiker und mehr Arbeiter in den Reichstag kommen, gut, dann brauchen die Konservativen ja nur Landarbeiter und Industriearbeiter aufzustellen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Schiden Sie uns nur Arbeiter, so viel Sie wollen, je mehr, desto lieber ist es uns. (Zustimmung b. d. Soz.) Die Regierung will die Diäten nicht. Es handelt sich hier um eine Machfrage zwischen ihr und dem Reichstag. Wägen die Mehrheitsparteien doch einmal Ernst machen, sonst bleibt alles leeres Gerede. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Werner (Antis.): Wenn man uns forsagelegt die Bezahlung für unsere Arbeit verweigert, können wir ja einmal dem Herrn Staatssekretär das Gehalt verweigern.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Nationalliberalen wird, soweit sie freie Fahrt auf den Eisenbahnen im ganzen Reich während der Session und acht Tage vor und nach jeder Session fordert, einstimmig, soweit sie Diäten verlangt, gegen die Stimmen der Mehrheit der Konservativen und der Minderheit der Reichspartei angenommen.

Der Etat des Reichstags wird bewilligt.

Es folgt der

### Etat des Reichstags des Innern.

Bei Titel 1 „Staatssekretär“ soll sich auf Vorschlag des Präsidenten die Generalsekretäre auf alle Krassen erstrecken, die in den zahlreichen vorliegenden Resolutionen nicht berührt werden. Nachher sollen diese Resolutionen in Gruppen vereinigt zur Debatte gestellt werden.

Abg. Trimborn (Ztr.): Auch das vergangene Jahr war reich an sozialpolitischen Maßnahmen. Aus den Verordnungsblättern sind im Jahre 1903 434 Millionen gezahlt worden, 1 200 000 Mark täglich. Davon haben die Arbeiter 182 Millionen, das Reich und die Unternehmer 251 Millionen Mark aufgebracht. Wir setzen in diesen Zusammenhängen nicht Wohlthaten für die Arbeiter, sondern die Erfüllung ihrer naturrechtlichen Ansprüche. Besonders wichtig war die Verabreichung der Krankentafeln. Leider ist dem Reichstag dabei ein Versehen passiert, das die Gewährung der Versicherungsmittel auf die Ehefrauen von Kassenmitgliedern unmöglich macht. Das muß angebesert werden. Dringend erforderlich ist die gesetzliche Regelung des Beschäftigungsverhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten. In Köln ist ein sehr bedauerlicher Streit der Ärzte ausgebrochen; ähnliches steht in Leipzig bevor. Wir können nur beiden Seiten zum Frieden raten. Uns erscheint die freie Arztwahl als das erstrebenswerte Ideal unter der Voraussetzung einer scharfen Kontrolle der Ärzte durch die Kassen selbst und der Schaffung einer Verbindungs-Kommission zwischen Ärzten und Kassen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kassen die Ärzte nach ihrer Tüchtigkeit und nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit auswählen. Wie steht es mit der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter? Die Lösung der Frage, ob sich die drei Versicherungsarten nicht zusammenlegen lassen, kann nur angebahnt werden durch die Schaffung einer Zentralbehörde, von der aus die Geschäfte der drei Versicherungen geleitet werden. Ein Gesetz großen Stils ist das Kindererziehungs-Gesetz, das wir allen andern Nationen vorgezeichnet.

Wie steht es mit der Ausdehnung aller gesundheitsgefährlichen Betriebe und des damit zusammenhängenden Schutzvorschriften? Wäre der Bundesrat noch überhört sein Vordringensrecht zugunsten der Arbeiter angewandt?

Im Jahre 1903 ist nichts erreicht worden für den Ausbau des Koalitionsrechts, für ein freies Vereinsrecht, für die Anerkennung der Reichsbeschäftigung der Berufsvereine und für die Errichtung von Arbeiterkammern. Ueber den Streit in Crimmitschau kann man jetzt um so ruhiger reden, als er beendet ist. Dieser Streit hat die Frage des Berufsentstandes in grelle Beleuchtung gerückt. Die Frage muß einheitlich geregelt werden, haben doch die Industriellen dort den Berufsentstand der Konturrei wegen abgelehnt. Wäre auch nur nach unserem Antrag der zehnjährige Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen statt des elfnjährigen durchgeführt gewesen, so hätte uns das die Kamalität des Crimmitschauer Streits erspart. Inwiefern Einreden von diesem Streit sind folgende: Wenn auch Ausschreitungen auf Seiten der Arbeiter vorgekommen sind, so doch nicht solche, daß sich das absolute Versammlungsrecht rechtfertigen läßt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch nach dem Sieg der Arbeitgeber bleibt für uns der peinliche Eindruck bestehen, daß die Arbeitgeber schiedsrichterliche Verhandlungen abgelehnt haben, während die Arbeiter stets dazu bereit waren. Das Nichtvorhandensein von Arbeiterkammern hat sich als ein besonderer Mangel erwiesen. Auch bei diesem Streit ist Sozialpolitik und Gewerkschaftspolitik mißbraucht worden durch Verquickung mit der sozialdemokratischen Partei. Statt ruhig und nüchtern auf gewerkschaftlichem Boden zu bleiben, gestalte man den Streit immer mehr zu einer Machprobe der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts. Laute Rufe: Nein! b. d. Soz.) Die Reaktion ist denn auch nicht ausgeblieben, sie besahnd in einer Verkünderung der Arbeitgeber, wie wir sie so geschlossen noch nie erlebt haben. Es ist bedauerlich, daß die Regierung nicht mit einem sozialpolitischen Programm in die Wahlen eingetreten ist. Die Wahlen haben ein hartes Majuskel der sozialdemokratischen Stimmen ergeben, trotz aller sozialpolitischen Maßnahmen. Die Schärfer folgen daraus die Reformen: Die bisherige Sozialpolitik aufzugeben und verlangen: Rückzug der Regierung gegen die Sozialdemokratie. Dem gegenüber freuen wir uns über die feierliche Zusage der Thronrede, daß die Sozialpolitik im Sinne der Februar-Erlasse weitergeführt werden soll. Wägen die gestrengen Schärfer uns jeden Nachruf ersparen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter muß bis zu allgemeiner Revision des Krankenversicherungsgesetzes vertagt werden. Jetzt bestehen Differenzen zwischen dem preussischen Handelsminister und dem Reichsamt über die Frage, bei welcher Klasse die Hausindustriellen zu versichern sind. Vorbedingung für die Zusammenlegung der drei Versicherungen ist ein eigener selbständiger Unterbau. Die Errichtung dieses Baues liegt noch recht fern. Vorher muß auch entschieden werden, ob die Krankenversicherung auch auf Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt werden soll, und ob und in welchem Umfang die Witwenversicherung durchgeführt werden soll. Erst müssen wir also einen Abschluß haben, bevor wir einen einheitlichen Rahmen schaffen können. Was die Enquete über die Hausindustriellen betrifft, so haben wir bereits die Fragebogen für freie Innungen, Zwangsinnungen und Innungsverbände aufgestellt. Ich wollte die Fragebogen schon jetzt herausgeben, aber der Reichskanzler hat gemeint, daß bei den sehr erheblichen Kosten die Enquete noch um ein Jahr verschoben werden könne. (Unruhe b. d. Soz.) Was den Arbeiterentscheid in der Hausindustrie anlangt, so wird der Entwurf für die Zigarettenindustrie in nächster Zeit dem Bundesrat zugehen. Der Gedanke, ein Verzeichnis der gesundheitsgefährlichen Industrien herauszugeben, ist auf Bedenken gestoßen, dagegen wollen wir ein Verzeichnis der Arbeiten aufstellen, die Frauen und Jugendlichen wegen ihrer Gefährlichkeit nicht zugänglich sein sollen.

Abg. Fischer (Berlin (Soz.): Herr Trimborn warf uns ungeladene Kritik vor, dann aber hat er die Vereinerung der drei großen Versicherungszweige vorgeschlagen. Das ist auch so ein teufelhaftes Vorschlag. (Sehr richtig! links.) Sehr unrichtig! im Zentrum.) Wenn man die Rede des Herrn Trimborn hörte, müßte man glauben, wir lebten in einem herrlichen Zeitalter der Sozialreform und zählt man die Millionen zusammen, die für Arbeiterversicherung ausgegeben werden, so nimmt es sich ja sehr großartig aus. Wenn man es aber in Einzelheiten zerlegt und diese an der Leistungsfähigkeit des Unternehmers misst, so stellt es sich ganz anders dar, und das Drei- und Vierfache davon haben Sie erst kürzlich jeder Arbeiterfamilie als Mehrleistung durch den Pollaris aufgelegt. Die Versicherungslegung ist nichts weiter als eine Abwälzung der Armentlasten. Rechnet das Zentrum wirklich darauf, daß die Regierung seine Resolutionen erfüllen wird? Unsere Sozialpolitik geht einen Schneekengel. Graf Posadowsky hat eine gewisse Schonzeit für das Unternehmertum, einen gewissen Stillstand in der Sozialreform gefordert. Dasselbe hat Minister Drefeld getan und Handelsminister Müller. Wie können Sie (zum Zentrum) erwarten, daß wir Ihre Resolutionen ernst nehmen sollen? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn es Ihnen ernst wäre, hätten Sie Ihren sozialpolitischen Absichten ja die Form von Initiativanträgen geben können. Sie sind die ausschlaggebende Partei und können Ihren Willen durchsetzen. Warum legen Sie auf diese sozialpolitischen Urträge nicht denselben Nachdruck wie auf die Durchprüfung des Pollaris? (Große Unruhe im Zentrum.) Dann wäre im Reichsamt des Innern der Zentralverband der Industriellen nicht mächtiger als Sie. Und werden Sie den Etat ablehnen, wenn die Regierung Ihren Urträgen nicht stattgibt? Nein! (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

In den Gewerbeinspektionsberichten ist von Jahr zu Jahr ein wenn auch sehr langsamer Fortschritt zu verzeichnen. So haben in den neuen Berichten die gefälligen Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, und die Bedeutung der Arbeiterorganisationen wird besonders von den mittel- und süddeutschen Gewerbeinspektoren anerkannt. Aber noch

die Gewerbeinspektoren sind viel zu sehr mit formalen Geschäften überlastet, auch viel zu wenig zofreich. Nur 41 Prozent aller Betriebe wurden überhaupt revidiert. In den Gewerbeinspektionsberichten wird zwar über die Stilligkeit der Arbeiter und über allerlei Wohlthaten berichtet, wie Verteilung von Orden usw. berichtet, aber über sozial ja bedeutende Tatsachen wie die großartigen Leistungen der gewerkschaftlichen Organisationen, die jährlich für Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Verschickung ihrer Mitglieder Millionen ausgehen, findet sich in den Berichten kein Wort. Darüber wird nicht berichtet, weil man die Mißgunst des Zentralverbandes der Industriellen fürchtet? Dabei ist es doch eine Winke Wahrheit, daß unsere ganze Sozialgesetzgebung erst erzwungen worden ist durch die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung. Viel wertvoller als die ganze Arbeitergesetzgebung ist für die Arbeiter ein wirkliches Koalitions- und freies Vereins- und Versammlungsrecht.

Graf Posadowsky meinte, die Arbeiter würden sozialpolitisch in Deutschland mehr erreichen, wenn sie nicht republikanisch, sondern monarchisch gefimmt seien. Woran liegt es denn aber, daß die deutschen Arbeiter so wenig monarchisch gefimmt sind. Sind nicht alle Berufsmittel- und Polizeimittel, alle Justizmittel gegen die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten im Namen des Königs ergalgen? Hat man nicht die Koalitionen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse stets bekämpft, unter dem Sozialistengesetz ihre Organisationen zerschmettert, ihre Presse unterdrückt. Glauben Sie, daß das alles aus dem Bewußtsein der Arbeiter ausgeht ist? Die Februar-Erlasse waren nur ein kurzer Traum, keine ihrer Bestimmungen ist bisher erfüllt, nicht einmal in den Staatsbetrieben, die nach ihnen Arbeiterbetriebe sein sollen. Ein Jahr nach den Februar-Erlassen brachte dieselbe Regierung ein Arbeiterentscheidungs-gesetz ein, so reaktionär, daß selbst Unternehmer dagegen stimmten.

Graf v. Bülow, der Oberhofmeister der Kaiserin, der bei Sozialdemokraten und Juden beliebt ging, sprach von sozialdemokratischen Kriegerzügen, ein Oberhofmeister von der Partei, der man den Jubel auf den Knien sehen müsse. (Große Unruhe.) In Crimmitschau sind die Pastoren hinter der Gebarmarie hermarschiert, um ihre Sprüche herzusagen gegen die Arbeiter. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es hat in der Weltgeschichte keine Familie gegeben, über die die Welt in ihrer eigenen Sprache gesprochen hätte. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz., erneute große Unruhe.) Warum fragt der Staatssekretär nicht auch die Junker und Unternehmer nach ihrer monarchischen Bestimmung? Immer nur den Sozialdemokraten wird zugewiesen: Ihr seid nicht gewerkschaftlich, darum hungert und entbehrt! Soll ich noch an die Klassenurteile erinnern, an die künstliche Auslegung des Gesetzesparagraphen gegen Arbeiter, an Ebbau und Breslau? Aber das alles ist die Erfüllung, des Programms des preussischen Justizministers: Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe! (Lärm b. d. Mehrheit, Beifall b. d. Soz.)

In Crimmitschau hat sich die sächsische Regierung natürlich ohne weiteres auf die Seite der Unternehmer gestellt, und nicht nur das: sie hat die Arbeiter im Namen des Königs an der Ausübung ihrer Grundrechte verhindert. Es ist nicht war, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung die Verhängung des Belagerungszustandes in Crimmitschau notwendig gemacht hätte! Graf Posadowsky meinte, in Romach erreicht die Arbeiter mehr als in Republikan. Ist etwa in Australien, in Amerika, in der Schweiz weniger für die Arbeiter getan worden als bei uns? Auch in bezug auf politische Freiheit stehen alle Republiken Deutschland voran und Preußen an letzter Stelle.

Herr Trimborn hat mit keinem Worte bewiesen, daß die Sozialdemokratie im Crimmitschauer Streit das parteipolitische Interesse in

27.1.1904



n Vordergrund geschoben habe. Die sächsische Regierung stelle die Frage: „Die Unternehmer und Polizei, die Arbeiter.“ Wir hätten uns vor der ganzen Welt schämen müssen, wenn wir da nicht Partei für die Arbeiter ergreifen hätten! Jetzt, nach ihrem Siege, halten die eben, hochherzigen sächsischen Arbeitgeber natürlich sächseliche Musterung unter den Besiegten! (Große Mücke.) Gätten wir den Repräsentanten gehabt, so wäre dieser Kampf vermieden worden. Die Arbeiter handelten nur pflichtgemäß, als sie in den Kampf zogen, so bald ihre Kräfte gefüllt waren. Laufende von Angehörigen sind der Sozialdemokratie durch diesen Kampf gewonnen worden! Der Standpunkt, daß das Unternehmertum „Herr im Hause“ sein soll, wird selbst von der „Kreuzzeitung“ nicht mehr aufrechterhalten. Der Unternehmer soll nicht „Herr im Hause“ sein! (Stürmischer Widerspruch rechts.) Dieser Herrenstandpunkt muß eingeschränkt werden! (Lebh. Zustimmung S. d. Sz.) Wegen die unbedingte Ausbeutung lehnen die Arbeiter sich mit Recht auf. Aber wir stellen nicht die Machtfrage. Wir sind gegen über der heutigen Gesellschaft die wirtschaftlich Schwächeren, und gerade deshalb fürchten Sie unsere 5 Millionen Stimmen! Das Unternehmertum ist es, das die Machtfrage stellt; so stellte der Norddeutsche Lloyd das unerschämte, geschwätzige Verlangen, die Arbeiter sollten aus der Organisation austreten! In Herolden, Firmenans, Ermittlungsbüro — überall Nachproben des Unternehmertums und überall die Polizei auf seiner Seite!

Zeigen Sie mir den Paragraphen der Gewerbeordnung, der gegen die Unternehmer so ausgenutzt worden ist, wie der § 153 gegen die Arbeiter. Sie werden die Arbeiter niemals zur Ueberzeugung bringen, daß Sie ihre wahren Vertreter sind. Wenn Sie sich auch hinter den Terrorismus verbergen, so fürchten Sie doch nur das Erwachen der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird uns immer als das vorantreibende Element ansehen, und wir werden sie weiter treiben, viel weiter, als Sie wollen. (Stürmischer Beifall S. d. Sz.)

Staatssekretär Graf Posaadowsky: Herr Fischer hat den Herrn v. Mordach erwähnt. Ich halte es nicht für nötig, unkontrollierbare Äußerungen eines Mannes zu kolportieren, der nicht Mitglied dieses Hauses und auch nicht öffentlicher Beamter ist. — Wenn die Arbeiter ihr Bestreben darauf richten, ihre äußere Lage zu verbessern, so kann ihnen das kein Mensch in Deutschland verdenken. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) So wie das Kapital sich in Synthesen zusammenschließt, kann man auch den Arbeitern einen Zusammenschluß zu wirtschaftlichen Zwecken nicht verdenken. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Crimminischau!) Die Sozialdemokratie aber wünscht das Kollektiv Eigentum, die Herrschaft des Proletariats. Die Masse kann nie regieren, weil sie nicht regierungsfähig ist. (Lebhafte Zustimmung.) So sie vorübergehend herrscht, war es mit ernstlichen Grenzen bedingt. In einem geordneten Staatwesen müssen gewiß alle Bürger gleichberechtigt sein, aber die Regierung wird immer einen aristokratischen Charakter haben. Wenn Sie heute den Zukunftsstaat einrichten, werden morgen die Aristokraten das Heft in Händen haben. Wo hat die Geldaristokratie größeren Einfluß als in einer Republik, wo alle Minister über den Versuch der Einführung einer Einkommensteuer lärzen!

Gerade die Ausschreitungen der Geldaristokratie können in einer Demokratie am besten bekämpft werden. Was die kaiserlichen Erlasse angeht, so müssen Sie zugeben, daß dieselben erlassen sind, als die Sozialdemokratie noch keinen wesentlichen Einfluß hatte und daß sie den Ausgangspunkt der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung bilden. — Daß in Crimminischau einzelne polizeiliche Maßregeln vorgenommen sein mögen, will ich zugeben, aber die öffentliche Ordnung muß unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Ueber die Arbeitszeit der Frauen haben jetzt gewissenhafte Feststellungen statt. Es wird Ihnen darüber eine Denkschrift zugehen. In ihrer Stellung zu dieser ersten Frage wird sich die Regierung durch den Crimminischauer Streit nicht beeinträchtigen lassen. (Beifall.)

Schlt. Bevollmächtigter Geheimrat Fischer erklärt, vielleicht bei Beratung der Antzige über den Maximalarbeitsstag auf die Ausführungen des Abg. Fischer über den Crimminischauer Streit zurückzukommen.

Hiermit verläßt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2.

Indisch, und in Kamerun am Atlantischen Ozean Indome gesprochen werden, die trotz der Größe der Entfernung kaum mehr als Deutsch und Englisch untereinander verstanden sind, so erklärt sich das am leichtesten durch jene oben erwähnten Wanderungen, die im Verlauf eines oder mehrerer Jahrtausende ähnlich vereinheitlichend gewirkt haben dürften, wie seinerzeit in Italien, Spanien, Gallien usw. die Überoberungen der Römer, oder wie im Indischen Ozean und in der Südsee die räumlich noch viel ausgebreiteteren Ueberseewanderungen der Malaien.

Ein noch viel größeres Rätsel geben uns die Neger insofern zu lösen, als sie nach neuer Annahme mit den Papuas von Neuguinea und andern Südseeinseln sowie mit den zersprengten Nesten einer alten dunkelfarbigen Bevölkerung Insel- und Festlands-Indiens rassenverwandte sein dürften. Die heutige Trennung läßt sich, wenn man nicht ausgedehnte Ueberland-Wanderungen durch Südasien annehmen will, am ehesten noch durch eine ehemalige Festlands-Verbindung erklären, die in früheren Erdperioden innerhalb des Tropengürtels zwischen Afrika und Insel-Indien bestanden haben mag. Wenn im Vergleich zu demjenigen der Neger das heutige Verbreitungsgebiet der Hottentotten und der mit ihnen verwandten Bujamänner nur klein ist, so hat doch andererseits unsere neuere Völkerkunde manche Anhaltspunkte dafür zu finden geglaubt, daß jene allenthalben im tropischen Afrika zwischen die Regerräume eingeprengten Reste oder Splinter von Zwergvölkern in einem wenn auch vielleicht entfernten Grade mit der Hottentotten- und Bujamänner-Rasse verwandt seien. Derartige würde nun durchaus noch nicht beweisen, daß etwa einmal hottentottenähnliche Menschen das ganze tropische Afrika bevölkert haben. Denn ähnlich, wie sich seit mehreren Jahrhunderten in allen Ländern Europas aus Indien stammende Zigeuner eingemischt haben, könnte auch die räumlich große Verbreitung der wenig zahlreichen Zwergvölker zu erklären sein.

Aber vielleicht noch auffälliger als die derzeitige Existenz der Zwergvölker ist die Tatsache, daß bereits die alten Griechen davon Bescheid wußten, ja daß sogar vorgeschichtliche Funde in Ägypten auf eine in der Urzeit am Roten Meer anlässlich gewisser Zwergvölker hinzubedeutend scheinen. Ist doch sogar auf Grund von Zeichnungen aus der älteren Steinzeit, die ein ausgeprochenes Hottentottenkennzeichen, nämlich die Steatopygie oder den menschlichen Fettsack, zeigen, an eine ehemalige hottentottenähnliche Bevölkerung eines Teils von Europa gedacht worden. Jedenfalls ist es eine der ältesten Rassen unserer Erde, die vor einigen Jahrhunderten im heutigen Deutsch-Südwestafrika durch den Stoß des von Nordosten vordringenden Hirtenvolkes der Herero getroffen wurde. Der Erfolg war merkwürdigerweise der, daß die Hottentotten von Angegriffenen zu Angreifern wurden, ihr Gebiet immer weiter nach Norden verlegten und daß sie während des ganzen 19. Jahrhunderts unter tüchtigen und tatkräftigen Führern, wie Christian Jager, Jonker Frickander, Kofes Witbooi und dem jetzt noch lebenden Hendrik Witbooi die Herero, sei es zeitweilig unterjochten, sei es zu andern Zeiten durch Raubereien schwer schädigten.

gewalt dazu mißbrauchte, die Ehefrau Borsetti, die er in seiner Stellung als Polizeikommissar als Jungfrau zu vernehmen hatte, zu einer körperlichen Duldung zu nötigen, indem er sie veranlaßte, sich von ihm am bloßen Leibe untersuchen zu lassen. Seiner Angabe, daß er diese Untersuchung vorgenommen habe, um ein Verbrechen aufzudecken, konnte ein Glaube nicht beigemessen werden. Er mußte als alter Polizeikommissar wissen, daß er derartige Handlungen nicht vornehmen durfte. Schilling ist ein ehemaliger Wachmeister, hat beim Feldartillerieregiment in Haguenau gedient und ist seit zwölf Jahren Polizeikommissar.

### Vermischte Nachrichten.

\* **Gebildete Mädel.** In einem eleganten Nachtcafé der Potsdamerstraße in Berlin hatte, so berichtet die „Welt am Montag“, in der Nacht zum Sonntag eine Gesellschaft junger Juristen Platz genommen, welche es sich angelegen sein ließ, ein nicht weit von ihnen sitzendes Mädchen zu necken. Dieses, anscheinend den besseren Kreisen angehörend, ließ sich die Neckereien eine Weile stillschweigend gefallen, bis es dem Herrn endlich zu arg wurde, denn eine Papierkugel, aus Zigarettenpapier gedreht, hatte seine Begleiterin mitten ins Gesicht getroffen. Er erhob sich und ergriff die Täterin unauffällig, ihm auf die Straße zu folgen, wo er sich als Kaufmann Schölzer vorstellte und sich in schärfster Form derartige Späße verbat. Statt aller Antwort erhielt er eine schallende Ohrfeige von dem Zurechtgewiesenen, einem Dr. M. aus der Lützowstraße, und jetzt fielen die Begleiter des letzteren, welche mittlerweile sämtlich aus dem Café heraustraten, mit ihren Schirmen und Stöcken über den bedauernswerten Kaufmann her, der, aus mehreren Wunden heftig blutend, sich vor der Ueberzahl seiner Angreifer nicht anders retten konnte, als daß er in einen Taximeter sprang. Da Schl. Reserveoffizier-Aspirant ist, wird, falls eine Abbitte resp. ein Vergleich nicht zustande kommt, voraussichtlich ein Duell die unmittelbare Folge dieses nachlässigen Rencontre sein.

Diese Herren werden später als Staatsanwälte und Richter gegen brave Arbeiter ganz besonders streng vorgehen, wenn sie einmal einen Streibfächer schief angesehen haben. Sie sind dazu, wie obiges Beispiel zum soundsowjeltischen Male zeigt, ganz besonders prädestiniert.

\* **Ein durchgegangener Elefant.** Aus London wird gemeldet: Im Londouer Hippodrom entwichte einer der großen Elefanten seinem Führer. Er stieg die zu den Garderoben der Artisten führende Treppe hinauf, drückte die Tür des Direktorzimmers ein und zertrat das Mobiliar darin. Die Längerinnen und Choristinnen wurden durch diesen Vorgang in solchen Schrecken versetzt, daß sie, mangelhaft bekleidet und hilflos, auf das Dach flüchteten oder auf die Straße stürzten. Mit Mühe gelang es, des ungebärdigen Tieres Herr zu werden und den Elefanten wieder über die Treppe herabzubringen.

\* **Lebende Bilder von einem Verbrechen.** Daß eine Mörderin ihr eignes Verbrechen geschäftlich auszubenten versucht, dürfte denn doch noch nicht vorgekommen sein. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß die Gräfin Sophie Charlotte Bompard, die zusammen mit einem Mann einen Gerichtsdiener namens Gouffee ermordet hatte und nach vierzehnjähriger Gefängnisstrafe begnadigt war, während eines hypnotischen Experiments ihre Mordtat anschaulich wieder vorzuführen wollte. Es sollte dadurch bewiesen werden, daß sie die Tat allein unter dem hypnotischen Einfluß ihres Geliebten begangen hatte. Jetzt wird nun aus New-York berichtet:

Gabrielle Bompard traf am Sonnabend in New-York ein, begleitet von einem Mann namens Gaston Kardos oder Kierdorff, der Zahnarzt und Hypnotiseur sein soll. Beide wurden jedoch aus den Vereinigten Staaten von den Regierungsbeamten ausgewiesen. Das Paar kam in der Erwartung, durch Vorlesungen über Hypnotismus in Maudeville-Theatern sich Geld zu verdienen. Die Vorlesungen sollten durch lebende Bilder erläutert werden. Die Bilder waren aufgenommen worden, während die Bompard im hypnotischen Trancezustande die Art und Weise nachmachte, wie Gouffee erwürgt wurde. ... Die beiden hatten 240 Mark bei sich. Es wurde beschlossen, die Bompard als eine unmoralische Person und ehemalige Gefangene auszuschließen, ebenso Kardos als eine Person, die wahrscheinlich dem Staat zur Last fallen würde. Keiner der beiden spricht Englisch. Kardos war, als ihm dieser Beschluß mitgeteilt wurde, höchst empört. Was tate es, fragte er, daß Mademoiselle im Gefängnis gewesen wäre; sie wäre jetzt doch frei! Er selbst war nie eines Verbrechens überführt worden; man sagte ihm aber, daß er als Gefährte einer entlassenen Gefangenen jetzigenommen werden könnte. (Uebrigens eine nette Art der „Freiheit“ in Amerika! Red. d. „W.“) Als man ihn belehrte, daß er das Recht habe, nach Washington zu appellieren, beruhigte er sich und erklärte, daß seiner von ihnen die Absicht habe, die Gesetze des Landes zu verletzen. Sie hätten geglaubt, daß die wissenschaftliche Welt, vor allen Dingen diejenigen, die sich für Psychologie interessieren, gern sehen wollten, wie Gabrielle Bompard, die ein wunderbares Medium wäre, ihre Rolle bei der Ausführung des Verbrechens wieder vorführte; schließlich beschloß das Paar, gegen den Beschluß zu appellieren.

### Die Rassenzugehörigkeit der Herero.

Daß von den beiden „ausländischen“ Stämmen des südafrikanischen Schutzgebietes die Bondelwaris Hottentotten und die Herero zur Rassen-Gruppe gehörige Hamit-Neger sind, kann als hier und da bekannt vorausgesetzt werden. Weit weniger bekannt ist die Tatsache, daß sich an den Boden Südafrikas einige der interessantesten Rassen-Probleme unserer Erde knüpfen.

Ganz Südafrika ist, soweit dessen uns bekannte Geschichte Rückschlüsse gestattet, uralties Hottentotten-Gebiet. Von Norden nach Süden vordringend haben Kaffern und kaffernähnliche Stämme namentlich im Osten immermehr Boden gewonnen, während bloß ein kleinerer Streifen dieser Wanderung sich nach Westen, also ins jetzige deutsche Schutzgebiet wandte. Mit diesen geschichtlichen Rückschlüssen stimmt es überein, daß die eigene Ueberlieferung der Herero und ihres wörtlichen Brudervolkes, der Damara, sagt, sie seien von Nordosten her gekommen. Wann das geschah, ist nicht näher bekannt. Immerhin dürfte es, da die holländischen Ansiedler des Kaplandes 1688 zum erstenmal im Innern mit Kaffern zusammenstießen, nicht länger als höchstens einige Jahrhunderte zurückliegen.

Reit aller sind jedenfalls die ersten Anfänge der ausgedehnten Kaffern-Wanderungen. Dort, wo in Quaranja die noch immer rätselhaften Ruinen von Zintakaya und andre auf vorgeschichtliche Anstellungen von Königen oder sonstiger jenseitiger Völker hindeuten, werden die Fortschritte bei ihrer ersten Umwälzung Afrikas verhältnismäßig mächtige Heide von Norden her vorgebrungen. Daraus ergibt sich die Heide, welche vielleicht der früheren, von Cassin bezeichneten Kultur ein Ende gemacht haben, sollen schon im dem zehnten Jahrhundert bräuben haben, besaßen sich aber um 1600 in wärem Verlauf. Infolgedessen wäre nun, wie im Osten Afrikas seit Jahrhunderten ein beständiger Wanderstrom von Norden nach Süden wahrnehmbar ist, bedingt im Westen des tropischen Afrikas, also in Kamerun, um Ostafrika hin, die Bewegung, sich aus dem Innern zur Küste, also von Osten nach Westen voranzutreiben.

Alle diese Völkerbewegungen spielen sich im Gebiet zweier ursprünglich einheitslicher und sehr nahe verwandter Hamit-Sprachen ab, deren Ursprung und Ausbreitung an sich schon eine große Wichtigkeit bezeugen. Wie kommt es, daß die ursprüngliche Negerrasse in zwei fast parallel übereinander oder nebeneinander zum Vorschein kommende, aber sprachlich schon getrennte Gruppen zerfällt? Während die eine Kultur höher stehenden nördlicheren Sudan-Volk, zu denen die Bewohner nördlicher Tago-Nilgebiete gehören, zahlreiche untereinander völlig verschiedene Sprachen reden, herrscht unter der das ungeheure Sandgebiet von ganz Westafrika bescheidenden Hamit-Neger-Gruppe eine merkwürdige Gleichförmigkeit der Sprache. Diese in Deutsch-Ostafrika an

### Gerichts-Zeitung.

Ueber den prägelenden Lehrer Eckert, der vom Schwurgericht Karlsruhe freigesprochen wurde, wird noch mitgeteilt: Eckert war beurlaubt, am 17. November v. J. den 12. Jahre alten Schüler Emanuel Schiffer wegen Unanständigkeit mit einem Messer drei mal in einer Stunde geschlagen zu haben, wobei der Knabe jeweils vier bis fünf und zwei bis drei Schläge erhielt. Der Knabe verstarb am 25. November infolge einer Lungenentzündung. Eckert ist 20 Jahre in Hellingen als Lehrer tätig und mit der Handhabung der Disziplin wenig geneigt, so daß ihm von der Behörde wegen Mißbilligung einer Schlägerin die Mißbilligung ausgesprochen war. Nach dem Tode des Kindes liefen Anzeigen von Eltern ein wegen Uebergriffen des Schülers Eckert des Lehrens. Es wurde prägelend, daß in der Schulstunde der Knabe nicht ungeschickte Schläger Schiffer eine solche Rechtfertigung nicht lösen und auch die Aufgabe selbst nicht nachgeben konnte, so daß der Lehrer ihn aus der Bank vertrieb und ihm vier bis fünf Schläge von oben herab auf das Gesicht ver setzte. Als der Knabe auch jetzt die Frage nicht beantworten konnte, wiederholten sich die Schläge noch zwei bis drei mal. Der Angeklagte erklärt, wie wir der „Frankf. Jg.“ entnehmen, daß er auch nicht gewußt habe, daß der geschlagene Knabe ein schwächliches Kind und daß er sich dazu getrieben gesehen sei (!) Er bekennt auch nicht, daß von dem Schläger einige auf dem Rücken gekommen seien.

Der Richter ist am Tage nach dem Schließen zu dem Knabe gekommen. Er sagt aus: Ich habe den Knaben im Bett auf dem Rücken liegend mit emporgeworfenem Kopf gesehen. Die Untersuchung ergab eine Schwellung von einem Hande der rechten Hande sah bis zur Kniehöhe. Bei diesen Schwellungen befinden sich zehn bis zwölf jingerbilde, blutunterlaufene Streifen, von denen einer die Breite von drei Fingern hatte. Der Arzt erklärt, daß er über die Schwere der Mißhandlung empört gewesen sei. Drei Tage später ist er wieder gekommen, wo er den Knaben bewegungslos gefunden habe. Dieser sei nun auf aufgetriebenen Seite liegend die Untersuchung über nicht feststellen ergab, wobei er nicht für möglich gehalten habe, daß eine andere innere Veranlassung vorzuliegen könne. Im folgenden Tage habe er den Knaben lebend wiedergefunden. Der Knabe ist ein besonders schwaches Kind gewesen, was auch der Lehrer habe erkennen müssen.

Ergebnis ist der eine Zwergvölker freigesprochen worden. Prägelende Lehrer Eckert ist nicht nur in Hellingen sondern auch in Karlsruhe Schläger des Knaben!

\* **21. Januar.** Der Polizeikommissar Wilhelm Schilling, 45 Jahre alt, in hiesigen Kreisen, geriet am Sonntagabend, 19. d. M., in der Straßengasse unter der Postgasse, am 24. Oktober v. J. zu Hellingen, als Beamter, eine Italienerin durch Mißgriffen seiner Dienstpflicht zur Duldung einer unbedenklichen Handlung veranlaßt und deshalb von der Behörde beurlaubt zu werden. Nach dem Verlassen der Postgasse wurde der Auftraggeber, Staatsanwaltlicher Abg. der Aufsicht der Deffentlichkeit wegen Gefährdung der Stillschließung. Da der Auftraggeber einen Einbruch vorzuziehen nicht wollte, wurde dem Auftraggeber gestattet, die Italienerin zu verhaften und die Italienerin zum Gefängnis zu bringen, um sie über ihren Namen zu befragen, der sie nicht wollte und mit dem Tag nur den Tag gestanden habe. Eine Frau, die hiesigen, überging sich der Angeklagte selbst von dem Verhafteten. Die Italienerin hat später bestrafte Anzeige erstattet. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis, die Staatsanwaltschaft wegen Verletzung des § 139 in Verbindung mit dem Verstoß gegen die Verhaftung. Das Urteil wurde: Nach dem Verstoß gegen die Verhaftung und nach dem eigenen Verstoß gegen die Verhaftung ist als straflos zu erachten, daß er keine Verstoß

### Briefkasten.

**Schadenfroh.** Das ist ganz selbstverständlich, daß der hausfuchende Beamte die Hausordnung selbst ansühren muß. Diefelbe kann sogar in ihrer Abwesenheit — bei dringendem Bedarf — stattfinden.

\* **Burg, 6. J.** Der Ansturm an die Kranenkeise verjährt in zwei Jahren vom Tage der Entstehung an. (§ 56 des Krantenkeise-Ges.) Sie wußten ihrer Forderung geltend machen, als die Kasse im November 1901 sich weigerte, zu zahlen. Untersuchung konnte die Kasse verweigern, wenn Ihr Sohn sich in schuldhafter Weise an der Schließung beteiligte. Wer das unabweislich nicht der Fall, so mußte ihm die Unterweisung gezahlt werden. Jetzt ist aber jeder Anspruch verjährt. Sie müssen auch den Arzt bezahlen und zwar aus dorendlichen Gründen. In solchen Dingen ist man verständig auf dem Boden sein.









Verichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 25. Januar 1904.

Die verhängnisvolle Korridortür. Der Graveur Karl Lucius hier, geboren 1865, hatte sich eine Korridortür anfertigen lassen, um zu verhindern, daß sein 1 1/2 Jahre altes Kind die Treppe hinunterfalle. Die Tür befestigte aber den Hausgenossen Droschkenbesitzer Reibe, der sie deshalb ausging. Während darüber beleidigte Lucius im Oktober 1903 Frau Reibe durch Schimpfreden, bedrohte sie wiederholt und drang, bewaffnet mit einem Beil, in ihre Wohnung ein. Das Schöffengericht erkannte am 24. November auf 2 Monate Gefängnis. Die Berufung wurde verworfen.

Urkundenfälschung. Der Tischler Albert Schürcke aus Glasow, geboren 1862, legte sich bei der Einlieferung in das Gefängnis wiederholt einen falschen Namen bei und veranlaßte dadurch unrichtige Eintragungen in die Register. Ihn trafen wegen intellektueller Urkundenfälschung 4 Monate Gefängnis.

Ein junger Schwindler. Der vorbestrafte Fürsorgezögling August Steinig hier, geboren 1887, traf auf der Straße am 24. November 1903 den 7 Jahre alten Knaben Dienemann, der aus dem Konsumverein für 1,02 Mark Waren holen sollte. Steinig schwindelte ihm vor, an der Ecke stehe ein Mann, der ihm das Geld wegnehmen werde und erbot sich, es zur Sicherheit in das Taschentuch zu binden. Dienemann gab dem Steinig Geld und Taschentuch hin, der das Geld dann in seine Tasche steckte und das Tuch, mit zwei Knoten versehen, zurückreichte, worauf er verschwand. Steinig erhielt wegen Rückfalldiebstahls 9 Monate Gefängnis.

Diebstahl. Der Arbeiter Hyazinth Schneider aus Dittmuth, geboren 1865, stahl in der Nacht zum 13. Oktober 1903 aus der Kaserne der Zuckerfabrik zu Langenweddingen zwei Uhren und Kleidungsstücke der Mitarbeiter, womit er heimlich abreiste. In Anbetracht der Vorstrafen lautete das Urteil auf 3 Monate Gefängnis.

Vertagt. Die Strafsache gegen den Arbeiter August Seeger zu Altona, geboren 1865, wegen Sittlichkeitsverbrechens mußte vertagt werden, weil er nicht erschienen war.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 23. Januar 1904.

Vergehen gegen das Fürsorgeerziehungs-Gesetz. Der Fürsorgeerziehungs-Zögling Schönerl aus Halberstadt war wieder einmal entwichen und wurde von den nachstehenden Personen verborgen gehalten. Es werden deshalb bestraft: Arbeiter Julius Schönerl, 51 Jahre alt, mit 6, dessen Ehefrau Emilie geborne Biermann, 48 Jahre alt, mit 3, Arbeiter Hermann Joseph Schneider, 28 Jahre alt, mit 2, dessen Ehefrau Luise geborne Schönerl, 26 Jahre alt, mit 1 Monat Gefängnis. Der Arbeiter Louis Hornung, 40 Jahre alt, und dessen Ehefrau Friederike geborne Werner, 41 Jahre alt, werden zu je 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Schneiderischen Eheleute wohnen in Magdeburg, während die anderen Angeklagten im Orte wohnhaft sind. Ausnahme der Hornung'schen Eheleute sind die Angeklagten zum Teil recht schwer vorbestraft.

Kuppelrei. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wird gegen die vorbestrafte Ida Ranniger aus Halberstadt, 41 Jahre alt, wegen Kuppelrei verhandelt. Das öffentlich verkündete Urteil lautet auf 2 Wochen Gefängnis.

Sittlichkeitsverbrechen. Aus der Strafhaft vorgeführt wird der mehrfach vorbestrafte Lederverbinder Rudolf Friedersdorf aus Halberstadt, 33 Jahre alt, welcher wegen Erregung öffentlicher Vergewissung in zwei Fällen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wird. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Freispruch. Von der Anklage wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Personen unter 14 Jahren wird der Bühnensänger Gustav Reusch aus Berlin, 37 Jahre alt, aus tatsächlichen Gründen freigesprochen und sofort aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Verhandlung fand ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Eine Sache wurde vertagt.

Militär-Justiz.

Oberkriegsgericht des 4. Armee-Korps. Sitzung vom 25. Januar.

Verhandlungsleiter: Oberkriegsgerichtsrat Fischer. Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Richter.

Der Husar Paul Schönborg aus Berlin vom 5. Thüringischen Husaren-Regiment Nr. 12 in Torgau war vom Kriegsgericht in erster Instanz wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu 45 Tagen Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu hoch sei. Auch hat er beantragt, ihm die Ehrenstrafe zu erlassen. Dem Verteidiger Oberleutnant Witte werden verschiedene Milderungsgründe angeführt, die aber vom Oberkriegsgericht als nicht stichhaltig angesehen werden. Das Urteil lautet auf Verwerfung der Berufung.

Wegen vorzüglich falscher Meldung auf dem Schießstande zu Halle wurden in erster Instanz der Gefreite Eichardt zu 4 Wochen, drei Füßliere zu je 3 Wochen in jenem Arrest verurteilt. Von den Verurteilten hat nur der Füßliere Gustav Blatzmann von der 9. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 36 Berufung eingelegt. Er gibt darin an, er hätte an der Verabredung der Mitangeklagten nicht teilgenommen; hätte er von den falschen Meldungen etwas bemerkt, hätte er auch Meldung gemacht. Die Gegenansprüche ergeben, daß mit positiver Bestimmtheit eine Mittäterschaft nicht nachweislich ist. Der Disziplinarbedeutende Oberleutnant Baden beantragt Freisprechung, der Vertreter der Anklage wegen Beihilfe 3 Wochen Mittelarrest. Das Oberkriegsgericht gibt der Berufung des Angeklagten statt und spricht denselben unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils von Strafe und Kosten frei.

Der Gefreite der Reserve Friedrich Schulz vom Landwehr-Bataillon Sangerhausen hatte sich gelegentlich einer Kontrollverammlung in Stolberg insofern von Trunkenheit mehrfacher Gehoramsverweigerung u. schuldig gemacht und war deshalb in erster Instanz zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen dieses Urteils hat der Angeklagte Berufung eingelegt, weil er, der noch nicht bestraft ist, die Strafe für zu hoch hält. Es wird beantragt, die Berufung zu verwerfen. Das Gericht beschließt demgemäß.

Wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung eines jüngeren Kameraden, des Husaren Knöfel, begangen in der Nacht vom 21. zum 22. September, waren die Husaren Franke, Fernschild, Abel, Gläß, Volland und Kämmerl vom Husaren-Regiment Nr. 12 vom Kriegsgericht in Torgau in erster Instanz mit 15 Tagen Arrest bis zu 14 Tagen Gefängnis bestraft worden. Die

ersten vier Angeklagten waren auch wegen Nichtbefolgung eines behaltenden Dienstbefehls bestraft. Abel und Gläß aber freigesprochen. Gegen dieses Urteil hat der Vorsitzende Berufung eingelegt. Er begehrt die Verurteilung sämtlicher Angeklagten wegen Nichtbefolgung eines Dienstbefehls, auch erachtet ihm die Strafe im allgemeinen zu niedrig. Aus den Begehrenvernehmungen geht hervor, daß die Angeklagten, die im dritten Jahre dienten, sich verabredet hatten, bei im zweiten Jahre dienenden Knöfel zu verhaften, weil dieser sich im Stall an einem älteren Weanne vergreifen hatte. Als die Anklagen in der Nacht auf den im Bett liegenden Knöfel einbrachen, maßne dieser die Angreifer abzulassen, da er sonst seinen Säbel, den er vorzüglicherweise mit ins Bett genommen hatte, benutzen würde. Da die Angreifer nicht nachließen, schlug Knöfel mit dem Säbel um sich und traf den Angeklagten Franke, der ihn mit einem Rohrstod mehrmals geschlagen hatte, derartig auf den Kopf, daß er zusammenbrach.

Bei dem Standal kam der da jour habende Unteroffizier Hinz und gebot Ruhe, worauf die Exzessanten den Schlafsaal verließen. Nach einiger Zeit kehrten sie jedoch zurück, nahmen Knöfel den Regen ab und mißhandelten ihn von neuem. Der Unteroffizier da jour kam auf den erneuten Spektakel wieder hinzu und forderte zweimal auf, daß sich die Angreifer in ihre Betten legen sollten. Dem ersten Befehl soll von den Angeklagten nicht Folge gegeben sein.

Der Vertreter der Anklage hält einfachen Angehörigen für erwieben und beantragt gegen sämtliche Angeklagte die Strafe 3 Wochen Mittelarrest. Die ganze Angelegenheit gleicht sehr einem Kavallerieunfall. Seit Jahren würde ein erbitterter Kampf dagegen geführt, daß in den Kavallerieregimentern die älteren Leute die jüngeren mißhandeln. Jedenfalls zeugt es nicht von großem Mut, wenn eine größere Anzahl von Leuten sich miteinander verbünde, um einen einzelnen zu verhaften. Er beantragt gegen Franke wegen der Mißhandlung 2 1/2 Monate, Volland 3 Monate, Kämmerl 2 1/2 Monate, Fernschild und Gläß je 6 Wochen Gefängnis, gegen Abel 3 Wochen Mittelarrest.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Gutmann beantragt die Verurteilung des Gerichtsherrn zu verwerfen und die in erster Instanz erkannten Strafen als ausreichend anzusehen. Das Urteil lautet: Franke, Kämmerl und Gläß wegen Mißhandlung je 10 Tage, Fernschild wegen Beihilfe 5 Tage Gefängnis. Von der Anklage der Gehoramsverweigerung erfolgte Freisprechung. Die Berufung also in diesem Falle verworfen. Der Angeklagte Abel wird überhaupt freigesprochen.

Mit dem gutgemeinten Ratshlag, sich künftig zu vertragen, erließ der Verhandlungsleiter Zeugen wie Angeklagte.

Entsetzliche Soldatensoldaten kamen durch eine Verhandlung vor dem Schwurgericht in Köslin an die Öffentlichkeit. Ein früherer Soldat hatte bei einer Vernehmung vor dem Gouvernementsgericht in Köslin unter Eid ausgesagt, daß er nie von dem Unteroffizier Schiffer, unter dem er damals im Artillerieregiment Nr. 44 in Triebitz diente, mißhandelt worden sei. Er hatte sich deshalb vor dem Schwurgericht wegen wissentlich falscher Aussage zu verantworten. Es sei gleich im voraus mitgeteilt, daß die Geschworenen die Schuldfragen verneinten und die Freisprechung des Angeklagten erfolgte. Was uns interessiert, sind die schrecklichen Soldatenmißhandlungen, die durch diese Verhandlung an die Öffentlichkeit kamen. Der Präsident stellte fest, daß der Unteroffizier Schiffer fast alle Tage mit Besen, Stöcken, Holzstäben und allen möglichen Dingen schlug; der Unteroffizier habe draufgeschlagen, als ob er mit Eisen zu tun hätte. Er schlug bei der geringsten Verletzung mit dem ersten besten, was ihm zur Hand war, darauf los. Einzelne Soldaten sind vierzig Mal geschlagen worden. Der Unteroffizier ließ Soldaten eine Viertelstunde lang Kniebeuge machen, und wenn sie todmüde umzufallen drohten, schlug er die Wehrlosen erst blutig, und zwar derart, daß sie ins Lazarett gebracht werden mußten. Im Irrenden Reges ließ der Stellvertreter Gottes die Leute Strohhalm aus dem Bierdampf suchen. Wie Zeugen weiter bekunden, ist niemand von den Mißhandlungen verheimlicht worden; täglich habe der Unteroffizier seine ganze Mannschaft geprügelt; lediglich aus purer Lust am Mißhandeln habe der Unteroffizier geprügelt und in seiner finsternen Wut blind drauflosgeschlagen. Auf die Frage, weshalb er nicht mehr verurteilt wurde, antwortete einer der Zeugen, daß sie zu ängstlich gewesen seien. — Wie sich aus der Verhandlung ergab, ist das Schicksal von dem Kriegsgericht zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Briefkasten.

Mithalbensleben, S. W. Beigert sich die Krankenkasse, für 26 Wochen zu zahlen, so wenden Sie sich schriftlich an das Landratsamt. Wenn jemand Mitglied einer Krankenkasse ist, so kann er nicht deshalb ausgeschlossen werden, weil er Invalide wird. Erklären Sie mittels eingeschriebenen Briefes dem Vorstand, daß Sie auch weiterhin als Selbstzahler der Kasse angehören wollen. Diese Erklärung müssen Sie sofort abgeben. Die Anwendung des Ins.-Gesetzes auf die Rentenberechnung für eine Rente, die bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes von 1899 gewährt wurde, ist unmöglich.

\* S. W. Wenn in Ihrer Organisation die Einrichtung einer Krankengeld-Zuschußkasse noch fehlt, so ist es schwer, Ihnen eine andere Kasse zu benennen. Die Mehrzahl der freien Hilfskassen ist so fragwürdiger Art, daß wir Ihnen nicht raten können, dort beizutreten. Da Sie aber zufolge Ihres Arbeitsverhältnisses doch zwangsweise versichert sind und also Arzt, Heilmittel u. dergl. dort bekommen, so dürfte eine einfache Zuschußkasse genügen.

Crappenkred. Schreiben Sie uns das ärztliche Urteil und die Antwort des Staatsanwalts im Original ein.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Zardubitz, Brandeis, Melitz), date (23. Jan., 24. Jan.), and water level changes (+0.10, +0.09, etc.).

Aus dem Geschäftsverkehr.

Was soll ich trinken?

Wer Kathreiners Malzkaffee trinkt, führt seinem Körper etwas außerordentlich Wohlbekanntliches zu. Kathreiners Malzkaffee vereinigt mit dem Wohlgeschmack und Aroma des Bohnenkaffees die vortrefflichen Eigenschaften des Malzes. Er ist im Gegensatz zum Bohnenkaffee für jede Natur, auch für die schwächliche und für Kinder, nicht nur vollkommen unschädlich, sondern nach ärztlicher Ansicht der Gesundheit sehr zuträglich. Nur Rücksicht auf diese Eigenschaften haben besonders Familien, in denen Kinder vorhanden sind, Kathreiners Malzkaffee schon längst zu ihrem ständigen Frühstücks- und Bejapier-Getränk gemacht.

wegzutauschen, beginnt man in verschiedenen Regien bereits wieder das Ueberstunden-system einzuführen. Die Lohnarbeiter haben ebenfalls schwer unter dem Ausbeutungssystem zu leiden. In der Metallgießerei haben früher 49 Arbeiter in 13 Stunden täglich 500 Zentner Guß geliefert, jetzt liefern 18 Arbeiter in 10 Stunden 300 Zentner. Die Ventilation ist hier eine äußerst mangelhafte. In der Schmiede fehlt auch der Abzug für den Qualm. Zum Ueberfluß führt durch die Schmiede ein Kanal in dem das Kondenswasser abgeleitet wird. Das Wasser verpestet die Luft in der Werkstatt in der unangenehmsten Weise.

All dieses trägt dazu bei, daß jetzt nicht mehr mit der Luft und Liebe in der Fabrik gearbeitet wird, wie das eigentlich sein müßte. Dadurch leidet naturgemäß die innere Güte der Produkte. Die Firma weiß das, aber sie tut nichts, um die Mißstände abzuschaffen. Deshalb bleibt den Arbeitern nichts weiter übrig, als sich zu organisieren, um so eine Verbesserung ihres Loses herbeizuführen. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen gezollt.

Zum Schluß beschäftigte sich Kollege Brandes noch mit dem nicht einwandfreien Vorgehen des Gewerkevereinslers Ziemann im besondern und der eigenartigen Haltung der Gewerkevereiner in der Frage der vom Metallarbeiter-Verband angestrebten Arbeitszeitverkürzungen im allgemeinen. Die versuchte Ehrenrettung einiger Gewerkevereinsmitglieder, um den ehrenwerten Herrn Ziemann, den Verfasser des Artikels „Terrorismus“ im „Regulator“ weiß zu waschen, mißlang vollständig. Mit einer kurzen Rechtfertigung über sein Verhalten in dieser Sache und mit einer nochmaligen Aufforderung zum gemeinschaftlichen Vorgehen, um so die Interessen der Arbeiter wirksamvoll zum Durchbruch zu bringen, konnte Brandes auch diesen Teil seiner Ausführungen schließen.

Kollege Mitsch und Hähnen ergänzten den Vortrag in bester Weise. Nach einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde gegen 9 Uhr die imposante Versammlung geschlossen. — Ihr seid gewarnt! —

In Krämpfe gefallen war am Montag abend gegen 6 Uhr in der Jakobstraße vor dem „Bazar Magdeburg“ eine Frau namens Becker, wohnhaft Neustädterstraße 42. Passanten brachten die Arme in ein Haus, wo sie sich in kurzer Zeit soweit erholte, um ihre Wohnung zu suchen zu können.

Soziales.

Die Sittlichkeit im herrlichen deutschen Kriegsheer wird durch eine Forderung der Militärverwaltung von Colmar i. E. wieder einmal grell beleuchtet. Diese hat nämlich bei der Stadtverwaltung von Colmar den Antrag gestellt, in gesundheitlichem Interesse für die Wieder-einführung der Kasernierung der Prostitution einzutreten. Begründet wird dieser Antrag mit dem Hinweis auf die stets wachsende sexuelle Infizierung der Garnison. Der Gemeinderat

hat auf Antrag der Heimgänger Jagte die Kasernierung aufgehoben und den Prostituierten den Aufenthalt in der Stadt überhaupt untersagt. Militarischerseits war man des Lobes voll über diese tapfere Tat und konnte die guten Folgen nicht genug hervorheben. Diese guten Folgen haben sich nun gezeigt; trotz der Aufhebung der Kasernierung und trotz der Verjagung der Prostituierten — ein stetes Zunehmen der Geschlechtskrankheiten beim Militär. Ein erneuter Beweis, wie machtlos der heutige Staat gegen diese so unangenehme Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, aber auch ein Beweis dafür, daß es im Reiche v. Einems in puncto Sittlichkeit recht schlecht bestellt ist. Doch warum sollten die „gemeinen“ Marschjäger nicht auch Frau Venus opfern, wird ihnen doch von „oben“ herab mit gutem Beispiel vorgegangen. Siehe Forbach, Pirna u. c.

Provinz und Umgegend.

Langerhütte, 25. Januar. (Vom Schlachtfeld der Industrie) Am Sonnabend den 23. Januar, abends 8 Uhr, hat sich auf dem Eisen- und Hüttenwerk Langerhütte ein bedauerlicher Unfall ereignet. Derselbe wurde dadurch herbeigeführt, daß beim Greifen eines größeren Arbeitsstückes (20—25 Ztr.) eine Explosion erfolgte, bei welcher 5 Mann schwere und 5 leichte Verletzungen davon trugen. Ein Arzt war nicht an der Unglücksstätte, und mußten die Verunglückten sich meist selbst zum Arzt schleppen. Wie aus jener mitgeteilt wird, sollen die Betriebsbedingungen dieses Werkes sehr zu wünschen übrig lassen. Die Metallarbeiter auf dem bezeichneten Werke leiden sehr unter rücksichtsloser Ausbeutung, Behandlung und schlechten Arbeitsverhältnissen. Dagegen muß der Deutsch-Metallarbeiterverband, dem 600 der dortigen Arbeiter als Mitglieder angehören, Front machen, Abhilfe schaffen. Es wäre schon längst erfolgt, wenn nicht die übrigen Arbeiter, ungefähr 700 an der Zahl, einflusslos beiseite ständen. Sie tragen schuld an allem Ungemach der Arbeiter. In Langerhütte wird der Kampf erfolgen müssen, einerlei, ob die Unorganisierten unterstützt werden oder nicht.

Schale, 26. Januar. (Zur Gemeindevorsteherwahl) In Nr. 17 der „Volksstimme“ befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Gemeindevorsteherwahl, worin sich ein Irrtum befindet. Es muß heißen unter Nr. 1: „Wahlberechtigt ist jeder, der Angehöriger des Deutschen Reiches ist.“ Die Gemeindevorsteherwahl ist nicht zu wählen, kein Brauch zu sein.

Wangsenhe, 26. Januar. (Was alles Staatsgefährlich ist.) Der Naturmensch Gustaf Nagel beschuldigte hieselbst einen Vortrag über seine Lebensweise und seine Jerusalem-Reise zu halten. Wie bürgerliche Blätter melden, ist durch öfentlichen Anschlag der Polizeiverwaltung derselbe verboten.

Ueber die Gründe dieses unhalbbaren Verbots wird leider nichts mitgeteilt. Man erzählt deshalb auch nicht, ob die Polizei die Person oder die Lebensweise des Naturmenschen für staatsgefährlich hält.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Ertränkt hat sich in Wittkenberge der Mitte der fünfziger Jahre lebende Arbeiter Franze. — Ein Gefangenener, welcher zwecks Strafverbüßung nach Dortmund transportiert werden sollte, sprang Mittwoch abend gegen 6 Uhr bei voller Fahrt zwischen Riese und Nieferhorst aus dem Personenzug. Obgleich sofort der Zug zum Stillstand gebracht und die Verfolgung des Flüchtigen aufgenommen wurde, gelang es doch nicht, denselben wieder habhaft zu werden. — In Eickendorf brannte die neuerbaute, mit Stroh, Heu und Holzvorräten gefüllte Schmersche Scheune gänzlich nieder.







# Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. Januar 1904.

**Parteilgenossen!** In Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung, die am Mittwoch abend in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins im „Dreikaiserbund“ zu erledigen ist, ersuchen wir die Parteilgenossen recht zahlreich und vor allen Dingen pünktlich zu erscheinen.

**Achtung, Tischler!** In der Möbelfabrik Horn, Groß-Otterleben, liegen wegen zu niedriger Alfordsätze, z. B. ein Hohlstuhlsarg 3-Mark, ein Kinderstisch mit Schubladen, poliert, 1,50 Mark, ein großen Tisch mit Schubladen, poliert, 2,50 Mark, usw., drei Kollegen die Arbeit nieder. Arbeitssuchende Tischler wollen sich vorher im Verbandsbureau, Faschlochsberg 5, melden.

**Rätselhaftes Verschwinden eines Kassierers.** Seit über acht Tagen ist der Bureauvorsteher und Kassierer der Magdeburger Lebensversicherungsgesellschaft, Hartmann, aus seiner Filiale in Leipzig spurlos verschwunden. Aus den von ihm allein bedienten Geldschrank fehlen 1400 Mark in barem Gelde, Policen und Quittungen; auch die Schranckschlüssel sind nicht mehr vorhanden. Unmittelbar vor seinem Verschwinden schickte H. noch 4000 Mark mit der Post nach Wurzen, wo sie auch angekommen sind. Auf seinem Bulte fand man einen an seine Mutter adressierten Brief rein familiären Inhalts, der vom 16. d. M. datiert mitten im Satz abbricht. Möglicherweise ist Hartmann irgendwohin gelockt worden und einem Verbrechen zum Opfer gefallen, durch das sich Unbekannte in den Besitz der Schlüssel gesetzt haben, um den Geldschrank zu plündern. Zahlreiche Lichttropfen führen von der Korridortür bis zum Geldschrank; auch in demselben selbst finden sich solche Stearinropfen. Das Bureauzimmer weist keinerlei Spuren von Gewalttätigkeit auf.

**Die städtischen Bureaus und Kassen** bleiben am Mittwoch den 27. d. M. geschlossen.

**Durchgegangen.** Am Montag abend gegen 8 Uhr ging in der Bismarckstraße ein Pferd mit einer Droische durch. Der Kutscher hatte die Herrschaft über das Gefährt vollständig verloren. Nachdem das schone Tier verschiedene Kreuz- und Querfahrten in rasendem Tempo zurückgelegt, kam es zu Falle, wobei auch die Wagenstiere zerbrochen wurde. Der Kutscher und die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

**Ein schelmischer Druckfehler** läßt in dem gestrigen Artikel über die Arbeitslosigkeit in Magdeburg 599 Bäter 8128 Kinder haben. So fruchtbar war bisher unsere Stadt nicht, es muß heißen: 1599 Bäter.

## Aus der Parteibewegung.

Ueber die 400 000 Mark-Erbchaft Bebel teilt der „Vorwärts“ mit:

Die Erbchaft Bebel machte und später wiederholt mit ihm in brieflichem Verkehr stand, legte im März 1879 diesen nebst seiner Schwägerin, der Frau des Oberingenieurs D. Kallmann zu Erben ein. Das vermehrte Vermögen ist nicht elterliches Vermögen, sondern stammt aus einem großen Votterlegewinn, den der Verstorbene Mitte der siebziger Jahre in der österreichischen Lotterie machte. Zwei Jahre nach Abschaffung des Testamentes wurde Hermann Kallmann, der damals als pensionierter Offizier in Ulm lebte, für irrsinnig erklärt und entmündigt. Die ererbten Geschwister, mit denen der Testator in Unfrieden lebte, forderten das Testament an mit der Behauptung, daß der Verstorbene schon im März 1879, als er das Testament machte, geisteskrank gewesen sei. Das Testament wurde 1879, als Kallmann sich im Münchener Militärgerichts-Gefängnis befand, von einem der angesehensten Münchener Notare, der noch lebt, verfaßt und bei ihm auch deponiert. Sobald Bebel von der ihm zugedachten Erbchaft nach dem Einbruch der leer ausgegangenen Geschwister unterrichtet war machte er und sein Miterbe einen Vergleichsvorschlag, der aber von der Gegenseite abgelehnt wurde. Beide Parteien verständigten sich dann dahin, daß in dem bevorstehenden Prozeß nur auf einen Teil der Kasse, ein Fünftel, eingeklagt werde, um die enormen Gerichts- und Rechtsanwaltskosten zu reduzieren. Der Entscheid soll aber für das ganze maßgebend sein. Auch kamen beide Teile überein, daß der obliegende Teil die gesamten Prozeßkosten, also auch für den unterliegenden Teil, zu tragen habe. Prozeßführer für die Gegenseite ist die Gattin des Oberst a. D. Gausler in Augsburg eine Schwester des Erblassers. Der Prozeß kommt in erster Instanz vor dem Landgericht Ulm zur Entscheidung.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Arbeiter, aufgepaßt!** Durch die Reichsregierung wird zur Zeit eine vertrauliche Umfrage vorgenommen, um einem Wunsche des Scharfmacherverbandes gerecht zu werden, in welcher Weise der § 123 der Gewerbeordnung verschärft werden kann. Es handelt sich darum, daß der Arbeiter ohne Kündigung entlassen werden können, wenn er Kollegen beleidigt oder angreift. Nicht um die Ordnung in den Werkstätten aufrechtzuerhalten, für die wir auch sind, sondern um die Arbeitswilligen zu schützen, wie es in der Begründung der Scharfmacherpetition klar hervorgehoben wird. Sollte diese Verschärfung der Bestimmungen gelingen, dann bedeutet dieses eine Einschmuggelung des Zuchthausgesetzes auf Umwegen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß bei den Vorbereitungen zur einer Lohnbewegung Meinungsverschiedenheiten unter den Arbeitern einer Werkstatt entstehen. Bei Leuten, die nicht von heute auf morgen von den Bestrebungen der Organisation zu überzeugen sind, dürfte eine solche Meinungsverschiedenheit leicht als Beleidigung aufgefaßt werden, so daß die organisierten Arbeiter keine Stunde im Arbeitsverhältnis sicher sind.

Es muß wundernehmen, daß die Gewerkschaften, sogar die Generalkommission und auch die Reichstagsfraktion zu dieser Petition noch keine Stellung genommen haben, und es dürfte sich deshalb empfehlen, in

den Gewerkschaftskartellen allerorts zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen.

**Eine Abstimmung** über die Frage „Soll ein Verbandstag abgehalten werden oder nicht?“ veranstaltet der Deutsche Buchbinder-Verband. Der letzte Verbandstag fand vom 18. bis 25. April 1903 in Berlin statt.

## Militär-Justiz.

**Ein Kriegsgewaltiges Schreckensurteil zu Neapel.** Am verflochtenen Freitag hatte sich vor dem Kriegsgericht zu Neapel ein Soldat, Medoro Clandri, zu verantworten wegen Insubordination gegenüber einem Leutnant und einem Major und Beleidigung von Offizieren. Aus der Verhandlung ergab sich, daß der Angeklagte, der sich im Militärgefängnis zu Gaeta befand, nichts getan hatte, bis daß er ein Buch von der Wand warf, wodurch einige Kalkstücken sich abblösten und auf den Leutnant und den Major fielen. Zu seiner Entschuldigung führte der Angeklagte an, er habe sich in furchtbarer Aufregung befunden, da er fortgesetzt von seinen Vorgesetzten mißhandelt worden sei. Auch habe ihn der Leutnant Demanato mit dem Revolver bedroht. Einige Belastungszeugen mußten die Beschuldigungen gegen die Offiziere bestätigen. Der Staatsanwalt hielt trotz alledem den Angeklagten für schuldig und beantragte gegen ihn unter Zubilligung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von 6 Jahren. Der Verteidiger appellierte an die „Milde“ der Richter, die denn auch den Clandri zu der unmenslichen Strafe von 7 Jahren Gefängnis verurteilten!

## Meine Chronik.

**Wieder zwei Soldaten-Selbstmorde.** Der Mezent Holle aus Münchhausen bei der 2. Kompanie des Füsilier-Regiments v. Gerösdorf litt seit längerer Zeit an Heimweh, weshalb er schon mehrere Male zwecks Beobachtung seines Geisteszustandes dem Lazarett überwiesen wurde. Gestern stürzte sich derselbe aus dem zweiten Stockwerk der Kaserne auf den Hof hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

**Der wenig wachsame Landrat.** Der Kreisaußschußsekretär Büniger in Bersenbrück sollte sich, geführt vom Landrat Klausner, wegen Unregelmäßigkeiten im Amte und Unterschlagungen dem Gerichte stellen. Unterwegs flüchtete er und sprang in die Hufe. Der Landrat sprang hinterher, um ihn zu retten. Während Büniger ertrank, wurde der in Lebensgefahr schwebende Landrat durch hinzukommende Personen gerettet.

**Die Pocken in Charlottenburg.** Pockenverdächtig erkrankt ist in Charlottenburg der 19 Jahre alte Oberrealschüler Titus Goldberger, der Sohn eines Bankiers in Osnabrück. Der Kranke wurde unter Beobachtung aller von der Sanitätspolizei vorgeschriebenen Vorkehrungsmaßnahmen nach der Charité übergeführt und hier in einer herfür solche Fälle bereitstehenden Baracken untergebracht. Die Polizei sperrte die Straße auf beiden Seiten des Hauses Nr. 35, so daß der Kranke auf dem Wege zum Wagen mit niemand in Berührung kam. Die Wohnung und das Haus wurden desinfiziert. Lehrer Voigt, der an einer Gemeindefschule angestellt ist, wurde vom Dienst entbunden. Lehrer Voigt, seine Frau und seine Tochter wurden von neuem geimpft. Die Oberrealschule wurde insigiert. Die Schüler sollen ärztlich beobachtet werden.

**Polizei-Scandal in der Schweiz.** Nach fast dreiwöchigen Verhandlungen im Berner Polizeikrawall-Prozeß wurde endlich das Urteil verkündet. Acht Polizisten wurden wegen Mißhandlung zu eintägiger Gefängnisstrafe verurteilt, alle übrigen Angeklagten, darunter auch der Polizeidirektor Guggisberg und der Polizeihauptmann Stuchy, freigesprochen.

**Aus der verbrannten Stadt.** Wie aus Christiania telegraphisch gemeldet wird, hat die Feuerwehr in der durch Feuer gänzlich zerstörten Stadt Alesund um 12 Uhr nachts nach 24stündiger ununterbrochener Tätigkeit ihren vergeblichen Kampf gegen Feuer und Sturm aufgegeben.

Die Verteilung von Lebensmitteln am Quai ging unter gewaltigem Andrang vor sich. Es fehlt allen Gesellschaftsklassen an Lebensmitteln. Heute wird man bereits warme Kleidung ausleihen können. Während der Auswanderung aus der Stadt kamen mehrere Personen zu Schaden. Einige Kranke wurden von Schlaganfällen betroffen und starben. Ein dicker, überkriechender Rauch hüllte die Brandstätte ein.

Das dänische Marineministerium hat ein Kriegsschiff mit Proviant, Kleidungsstücken und Decken nach Alesund abgesandt. Das Kriegsministerium sendet 520 Zelte und Proviant ab.

Die Wertpapiere und das Bargeld der Kreditbank sind in dem Brande verloren gegangen. Viele Einwohner hatten nichts verschert. Außer den bereits gemeldeten Gebäuden ist auch das neue städtische Museum niedergebrannt. Mehr als 10 000 Menschen sind noch obdachlos. Gaben laufen aus allen Gegenden ein. In allen norwegischen Städten haben sich Hilfskomitees gebildet.

Die Brandkatastrophe, durch die Alesund in Asche gelegt worden, ist die größte, die seit einem Jahrhundert in Norwegen stattgefunden hat. Der Schaden wird auf mindestens 20 Millionen Mark beziffert, wovon etwa 12 Mill. auf Gebäude und der Rest auf Mobiliar sowie auf Warenbestände entfallen. An der Versicherung sind meistens inländische Gesellschaften, vor allem eine Bergener, von ausländischen Gesellschaften die Hamburg-Bremer beteiligt. Alesund galt als eine der feuergefährlichsten Städte Norwegens, da die etwa 900 Gebäude, welche die Stadt zähl-

ten mit einigen wenigen Ausnahmen ausschließlich aus Holz standen. Es war dies indessen in den eigentümlichen Naturverhältnissen des Ortes begründet. Die Inseln, auf denen Alesund gebaut war, liegen am offenen Meere und sind unmittelbar aller Unbilden des feuchten Elements ausgesetzt. Lobten Westwinde, dann wurden einzelne Stadtteile förmlich in einen Wasserstau gehüllt. Bei diesem Klima konnte daher Holz nicht verwendet werden, doch waren häufig die Grundmauern bis zur Höhe des ersten Stockwerks aus Feldsteinen hergestellt, was einen eigentümlichen Anblick gewährte. Alesund lag mitten in den Schären, die fast der ganzen Küste der skandinavischen Halbinsel vorgelagert sind und dieser ihren Charakter geben.

Die Löslichkeit war dem Feuer gegenüber ohnmächtig. Alesund hat zwar neuerdings ein neues Wasserwerk bekommen, doch ging mit den in den brennenden Häusern offen gelassenen oder gesprungenen Wasserleitungen so viel Wasser nutzlos verloren, daß der Wasserdruck äußerst schwach war. Die Einwohner konnten sich oft nur mit dem Notdürftigsten bekleiden retten und schleppten nach Möglichkeit Hausgerät auf die freien Teile der Insel, doch auch hier geriet das Gerettete in Brand und machte das Bild noch unheimlicher. Bödens verzweifelt wurde die Lage, als auch die Brücke zwischen den beiden Hauptinseln in Flammen aufging.

**Kleine Tageschronik.** Aus dem Kassenschrank des Rathhauses in Bittau wurden 3000 Mark gestohlen. Der Dieb, ein Hülfsschreiber, ist ermittelt und verhaftet. — Unter dringendem Verdacht, das hochbetagte Ehepaar Ehrich in Kiel ermordet und betäubt zu haben, wurde der Schwiegerjohn der Ermordeten verhaftet. — In dem Schacht einer Kohlengrube bei Cheswid (Pennsylvanien) wurden 125 Grubenarbeiter verschüttet. — Fünf Arbeiter der Stolberger Spiegelfabrik stürzten von einem Gerüst; drei derselben erlitten schwere Verletzungen. — In der Chemischen Maschinenfabrik Mannheim wurden 7 Arbeiter infolge einer Benzinexplosion schwer verletzt. Der Materialschaden ist groß.

## Aus Kunst und Wissenschaft.

**Die Dresdner Volks-Singakademie,** jener jetzt im vierten Jahre stehende große gemischte Arbeiterchor, der der Dresdner Arbeiterchaft die Schätze der Musik erschließt, hat am Sonntag zum erstenmal sein Wirkungsgebiet über Dresden hinaus ausgedehnt, indem er in Leipzig die Bruchstücke der Vertonung des Schiller'schen Gedichtes „Das Lied von der Glocke“ sang. Kurz nach 7 Uhr früh führte ein Extrazug beinahe 400 Personen, fast alles Mitglieder der Volks-Singakademie, in 2 1/2 Stunden nach Leipzig, wo die Albertshalle des Reichsthalparks, ein über 8000 Personen fassender Prunksaal, für das Konzert gemietet war. Das Leipziger Komitee für die Veranstaltung von billigen Volks-Sinfonie-Konzerten, eine neutrale Organisation, darin auch Vertreter der Arbeiterchaft sitzen, hatte den Billeterlauf organisiert, die „Leipziger Volkszeitung“ hatte mehrere Tausende gebracht, so daß für beide Aufführungen, die öffentliche Generalprobe am Vormittag (Eintritt 25 Pfennig) und das eigentliche Konzert (Eintritt 50 Pfennig) amtliche Biletts schon mehrere Tage vorher ausverkauft waren.

Die Solopartien wurden von den Damen Fräulein Kost und Schäfer und den Herren Giehn und Bläsche, sämtlich Mitglieder der Dresdner Hofoper, gesungen, die Partien schon in den beiden Dresdner Aufführungen innegehabt hatten. Der Orchesterpartie war die Dresdner Hofoper zu Leipzig überlassen.

Beide Aufführungen fanden jubelnden Applaus, der die Albertshalle bis auf den letzten Platz füllenden Menge. Solisten, der Dirigent Joh. Reichert (Korrespondent an der Dresdner Hofoper), der Chor wurden mit Beifall überschüttet und zum Schluß erschallten laute Rufe: „Auf Wiedersehen!“

Gegen 11 Uhr brachte ein Sonderzug die Volks-Singakademie wieder nach Dresden zurück. Es darf auf einen vollen Erfolg zurückblicken, der gekrönt würde, wenn ihre Vorführung dessen, was ein Chor von Arbeiterinnen und Arbeitern unter guter Leitung auf dem Gebiet der Vermittlung edler Musik vermag, die Leipziger Arbeiterchaft veranlassen würde, eine Leipziger Volks-Singakademie ins Leben zu rufen.

## Letzte Nachrichten.

(„Goldsch“, Depeschen-Bureau.)

**Budapest, 26. Januar.** Aus Kroatien werden täglich neue Unruhen gemeldet, die sich hauptsächlich bei den Stationen der mit ungarischen Beamten besetzten Staatsbahn kundgeben. Die Stationsgebäude wurden vielfach zerstört und die ungarischen Aufschriften weggerissen. In einer Station mußte der Stationsvorstand samt Familie flüchten. Erst dem Einschreiten einer größeren Abteilung Gendarmen gelang es, die aufgeregten Bauernhaufen zu zerstreuen.

**San Domingo, 26. Januar.** Ein Gefecht hat in Los Banos stattgefunden. Der Kriegsminister erhielt eine Verwundung, an welcher er kurz darauf verstarb.

**Petersburg, 26. Januar.** Außer dem Lohndienst-Bischof sind auf Fort Alexander in Kronstadt zwei Schiffsbau-Pfeiler zerfallen, an der Pest erkrankt.

**Dortmund, 26. Januar.** Der Maschinist auf der Fische „Kaiser Friedrich“ ließ einen mit sieben Mann besetzten Förderkorb in einem mit Wasser gefüllten Schupp gehen. Drei zettelten sich, drei wurden bedaubt, bald aber wieder belebt. Ein Steiger erkrankt.

**Freßnitz i. Erzgeb., 26. Januar.** Der Swartfassenkassierer Müller hat sich hier erhängt, nachdem sich bei einer Kassendevision 40 000 Kronen Defizit herausgestellt haben.

**Pittsburg, 26. Januar.** Die letzten Nachrichten über die Explosion schlagender Wetter auf der Grube bei Cheswid lassen auf eine furchtbare Katastrophe schließen. Die Grube ist erst kürzlich eröffnet worden und galt als äußerst gefährlich. Nach den bisherigen Feststellungen werden 180 Grubenarbeiter vermisst. Man glaubt, daß kein einziger gerettet worden ist, da die Explosion eine sehr heftige war und die stöckigen Gase in großen Mengen ausströmten. Das Rettungswert kann dann erst begreifen, wenn wieder Luft in den Schacht gepumpt worden ist. Die durch die Explosion hervorgerufene Detonation war weitenweit zu hören. Die Ründung des Einsatzschachtes ist von Frauen und Kindern umdrängt, deren Schmerz herzzerreißend ist.

**Chemnitz, 26. Januar.** (Fig. Draht.) In dem Offizierskampf hier selbst erzählt die Chemnitzer „Allg. Zig.“, daß der Gegner des im Duell gefallenen Leutnants Schubert, der Hauptmann v. Schröder vom Inf.-Regt. 107 in Leipzig ist, der früher dem 175. Inf.-Regt. angehörte und mit Schubert zur Unteroffiziers-Schule in Marienberg kommandiert war. Der Anlaß zum Zweikampf ist dem Bernehmen nach in den unerlaubten Beziehungen des Leutnants Schubert zu der Hauptmanns-Gattin zu suchen. Schubert war der Sohn eines in Dresden lebenden Oberst a. D.

**New-York, 26. Januar.** (Fig. Draht.) Wie aus Sdul gemeldet wird, drangen bekleidete koreanische Soldaten und Polizisten in das Haus des reichsten Einwohners Byberg-Wang und plünderten dasselbe.



# Bis Sonnabend Großer Reste-Verkauf!

Für  
**Blusen  
Röcke  
Kinderkleider  
Kleider**

In allen Lagern in grossen Mengen angesammelt

Farbige Kleiderstoffe, weisse Kleiderstoffe, schwarze Kleiderstoffe, Schotten, Blusenstreifen, Lamas, Barchente, Velours, Halbtuche, Waschstoffe, Gingham, Schürzenstoffe, Bettzeuge, Hemdentuche, Organdys, Inletts, Leinen, Pikee-Barchent, Stangenleinen, Portierenstoffe, Tischtücher, Waschtücher, Wäsche etc.

**Reste**  
in Wolle  
doppeltbreit, 2-6 Meter  
**Reste**  
in Waschstoff  
2-9 Meter

## zu spottbilligen Preisen!

Einen Posten  
**Gardinen-Muster**  
englisch Tüll  
Spachtel und Bandgenre

**Rest-Bestände** des billigen Ausverkaufs

Damen- und Kinder-Wäsche  
Gardinen und Stores  
Ueber-Gardinen in Leinen, Plüsch u. Tuch  
Tischtücher, Servietten, Handtücher etc.

**nochmals  
ermässigt**

# Steigermwald & Kaiser

Früherer Preis 60 Mark

**Achtung!**

Günstiges Ausnahme-Angebot für Vereinsbibliotheken  
und Abonnenten der Volksstimme

Für 30 Mk. erhalten Sie  
8 Prachtbände  
des Werkes

**Die illustrierte Welt  
der Erfindungen**

Das Werk enthält eine geschichtliche und technische Darstellung  
der Erfindungs- und Erfindungswege, unter besonderer Berücksichtigung der  
letzten Zeit und Gegenwart sowie der künftigen Entwicklung.  
Unter Mitwirkung namhafter Fachmänner herausgegeben von  
**J. G. Vogt.**

Diese 8 Bände enthalten mit über 3000 Illustrationen, vollständig ausgestattete  
Texte, Tafeln u. sind bilden einen wertvollen Schatz jeder Bibliothek.  
Wir bitten um rasche Bestellung dieses Hauptwerkes.

**Buchhandlung Volksstimme**  
Magdeburg, Jakobstrasse 49

**Kristall-Seife**

ganz helle chemisch reine Schmierseife  
zu allen Zwecken gebräuchlich.

**Elektra-Seifen**

weisse und gelbe, in ganz harten  
ausgetrockneten 1/2 Pfd.-Stücken für  
den Haushalt und für die Bäder,  
die besonders im Gebrauch, jeder  
Hausfrau warm zu empfehlen, man  
achte auf den Stempel.

**Seifenpulver I**

eigene Marke, bestes Seifenpulver  
mit garantiert hohem Fettgehalt in  
einem 1/2 Pfd.-Paket.  
In haben in allen Lagern des  
Haus-Vertriebs den Namen.

**Gegenstände**

aller Art sowie ganze Waren-  
lager werden zur öffentlichen  
Versteigerung jedweden an-  
gebotenen Abstrahung ist.

**Berthold Wolff**  
Helmstedt 2113  
Schwerfegerstrasse 14.

**Grosse Posten**

**Schuhwaren**

aller Art, für  
Herren, Damen u. Kinder  
sowie

moderne Herren- u.  
Frauen-Garderober

lassen sich von morgens  
8 bis abends 9 Uhr u. Son-  
tags von 11 bis 2 Uhr  
zum Verkauf.

**B. Wolff**  
Schwerfegerstrasse 14.



Wenig gebrauchte Nähmaschinen  
zum Preise von — 60 Mk.

Neue Nähmaschinen aller Systeme  
unter Garantie  
in billiger Preislage.

**A. Rose, Breitweg 264**  
(Scharnhorstplatz).

Ältestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.  
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen  
aller Art zu billigsten Preisen.

**Dr. Thompson's  
Seifenpulver**

Marke Schwan

ist

sparsamen Hausfrauen  
unentbehrlich.

Soeben eingetroffen!

**Jena oder Sedan?**

2 Mk. kostet die unverfälschte Volkens-  
gabe des prächtigen Romans.

Dieser von Franz Adam Beyerslein geschriebene Roman  
wurde bisher von dem „Damberger Echo“ und der „Neu-Porter  
Volkzeitung“ — beides bedeutende sozialdemokratische Zeitungen  
— zum Abdruck gebracht und kostete früher 7.50 Mk.

**Jena oder Sedan?**

ist zu beziehen durch die

**Buchhandlung Volksstimme**

Magdeburg, Jakobstrasse 49.

Empfänger des grössten  
Geschäftsverlustes, Konsumvereinen usw.  
mehr als doppelt so schnell  
**Korbkäse.**  
Wilhelm Biecke, Bäcker,  
Berlitzsch.

1926  
**Wer** für billige  
Schuhwaren  
sollt, wende sich an den Herr  
30 Jahre bestehende  
Schuhwaren-  
haus in  
**Buckau**  
64c Güterstrasse.

**Ketten! Ketten!**  
Ketten in nur bester Qualität  
Adolf Reiche, Schmiedstr. 17  
Zurufnahme von einem Gold u. Silber  
Haberck Hand-Werk i. H. 11  
Berliner Str. 16.